

(A)

(C)

31. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 18. März 2010

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Sitzung ist eröffnet.

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nehmen Sie bitte Platz.

Wir beginnen unsere heutige Sitzung mit herzlichen Geburtstagsglückwünschen an die Kollegin **Dr. Claudia Winterstein**, die heute einen runden Geburtstag feiert und der ich dazu im Namen des ganzen Hauses herzlich gratulieren möchte.

(Beifall)

(B)

Auf Vorschlag der Fraktion Die Linke soll die Kollegin **Petra Pau** anstelle des aus dem Deutschen Bundestag ausgeschiedenen Abgeordneten Oskar Lafontaine zum Mitglied des **Gemeinsamen Ausschusses nach Art. 53 a des Grundgesetzes** gewählt werden. Als neues stellvertretendes Mitglied ist die Kollegin **Kersten Steinke** vorgesehen. Sind Sie mit diesen Vorschlägen einverstanden? – Heftiges Nicken insbesondere in den Reihen der vorschlagenden Fraktion, keine Einwände von anderer Seite. Damit sind die Kolleginnen Pau und Steinke in dieses Gremium gewählt.

Es gibt außerdem noch eine nachträgliche Ausschussüberweisung. Der Antrag der SPD-Fraktion mit dem Titel „Europa 2020 – Strategie für ein nachhaltiges Europa – Gleichklang von sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Entwicklung“ auf der Drucksache 17/882 soll zusätzlich dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen werden. – Auch dazu gibt es offensichtlich Einvernehmen. Dann ist das so beschlossen.

Wir setzen die Haushaltsberatungen – Tagesordnungspunkt I a und b – fort:

- a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)**

– Drucksachen 17/200, 17/201 –

- b) Beratung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Finanzplan des Bundes 2009 bis 2013

– Drucksachen 16/13601, 17/626 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Norbert Barthle

Carsten Schneider (Erfurt)

Otto Fricke

Roland Claus

Alexander Bonde

(D)

Ich rufe zunächst den Tagesordnungspunkt I.13 auf:

Einzelplan 10

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

– Drucksachen 17/610, 17/623 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Georg Schirmbeck

Rolf Schwanitz

Heinz-Peter Haustein

Roland Claus

Alexander Bonde

Hierzu liegen Ihnen die Beschlussempfehlungen des Haushaltsausschusses auf den Drucksachen 17/610 und 17/623 vor.

Zu diesem Einzelplan liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 90 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst dem Kollegen Rolf Schwanitz für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

(A) **Rolf Schwanitz** (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Guten Morgen! Sehr geehrte Frau Ministerin Aigner, ich will mich, einer guten Tradition folgend, zunächst einmal bei Ihnen recht herzlich für die Informationen und bei den Kolleginnen und Kollegen Berichterstatter für die kollegiale Zusammenarbeit im Haushaltsausschuss bedanken. Ich möchte mich speziell bei Ihrem Haus bedanken. Die Informationen waren präzise und vollständig. Ich will das mit Blick auf andere Ressorts, zu deren Einzelplänen ich heute noch die Ehre habe zu sprechen, ausdrücklich loben und hervorheben. Ein Kompliment also an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihres Hauses.

Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich Ihnen, was die politische Bewertung des Einzelplanes 10 angeht, kein Kompliment machen kann. Nach meiner Einschätzung stehen drei Überschriften über diesem Einzelplan des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Die erste Überschrift lautet: Klientel- statt Strukturpolitik.

(Beifall des Abg. Ulrich Kelber [SPD] – Zuerufe von der CDU/CSU: Oh!)

Die zweite Überschrift lautet: Einsparungen an falscher Stelle.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Oh!)

Die dritte Überschrift lautet: Kein Zukunftskonzept für Verbraucherpolitik. – Das sind die drei Markenzeichen des Einzelplanes 10.

(B) (Beifall bei der SPD)

Ich will das kurz begründen.

Zunächst zu der Überschrift „Klientel- statt Strukturpolitik“. Es wird Sie nicht wundern, dass ich in diesem Zusammenhang als Allererstes das **Grünlandmilchprogramm** erwähne. Denn was machen Sie damit? Unter dem Deckmantel der Krisenhilfe – die Situation ist in der Tat nicht einfach – wird ein gigantisches Klientelprogramm organisiert. Ich will daran erinnern, dass wir im Haushalt 2010 400 Millionen Euro dafür finden; im Jahr 2011 werden noch einmal 300 Millionen Euro dazukommen. Der Deutsche Bauernverband hält überall Veranstaltungen ab und spricht – unter Einbeziehung der Absenkung der Agrardieselsteuer – von einer Subventionierung im Umfang von 1,3 Milliarden Euro in den Jahren 2010 und 2011 zusammen.

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Hört! Hört!)

Gegen echte Krisenhilfe wäre nichts einzuwenden. Das ist auch der Grund, aus dem die Sozialdemokraten sich bei den Haushaltsberatungen dem Liquiditätshilfeprogramm in Höhe von 25 Millionen Euro nicht verweigert haben; wir haben es vielmehr unterstützt und mitgetragen. Dieses Geld kommt an der richtigen Stelle an; das ist in Ordnung. Aber Sie machen etwas völlig anderes. Sie legen ein Subventionsprogramm mit einer durchsichtigen regionalen Schlagseite im südwestdeutschen Raum und in Bayern auf. Das ist Gießkannenför-

derung statt problembezogene Hilfe, beispielsweise bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung. (C)

Sie sorgen auch nicht für schnelle Hilfe; denn zentrale, wichtige Dinge werden erst im vierten Quartal 2010 fällig.

Aus meiner Sicht am problematischsten ist aber, dass Sie rein konsumtiv hinter der Marktentwicklung herfordern. Es wird also gegen den Markt ansubventioniert, statt Vorschläge für eine nachhaltige Landwirtschaftspolitik aufzugreifen; meine Kollegin Wolff wird darauf noch näher eingehen.

(Beifall bei der SPD)

Früher hat man so etwas als Danaergeschenk bezeichnet. Denn die Bauern, die landwirtschaftlichen Betriebe werden für die verpasste Chance einer in die Zukunft gerichteten Subventionspolitik in Form eines viel höheren Anpassungsdrucks teuer bezahlen müssen, wenn sich die Lage nach 2013 grundsätzlich verändert. Deswegen handelt es sich um Klientelpolitik statt um gezielte Subventionspolitik.

Die zweite Überschrift, die über Ihrem Haushaltsplan steht, lautet „Einsparungen an der falschen Stelle“. Was meine ich damit? Sie schütten nicht nur Geld aus, sondern sammeln auch Geld ein, kürzen und sparen ein. Vor allem geschieht das bei der **Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz**. Ich erinnere mich noch sehr gut daran – das betrifft allerdings nicht den Kollegen Schirmbeck –, dass in der ersten Lesung auch die Ministerin noch gepriesen hat, dass der Plafond von 700 Millionen Euro für die Gemeinschaftsaufgabe erhalten bleibt. (D)

(Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD]: Hört! Hört!)

Sie haben gesagt, das sei eine große Leistung und gut eingesetztes Geld, Frau Aigner. In Ihrem Koalitionsvertrag steht sogar etwas von der Absicht einer Erhöhung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe. All dies geschieht aber nicht. Sie senken den Plafond um 25 Millionen Euro ab und – das finde ich ganz besonders bitter – kürzen die Verpflichtungsermächtigungen um 5,2 Millionen Euro, gegenüber dem Entwurf von Peer Steinbrück sogar um 7,2 Millionen Euro.

Diese Kürzung wirkt sich übrigens schwerpunktmäßig im investiven Bereich aus; denn darin sind Kürzungen von Investitionsmitteln in Höhe von 15,5 Millionen Euro enthalten. Sie haben also eine interessante Doppelstrategie: Auf der einen Seite werden mit der Kuhschwanzprämie konsumtive Subventionen ausgereicht, auf der anderen Seite werden Investitionsmittel zusammengestrichen. Das sind Kürzungen an der falschen Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Besonders bitter ist aus meiner Sicht das, was bei den Verpflichtungsermächtigungen geschehen ist. Sie haben, genau wie wir, Briefe der Landwirtschaftsminister aller 16 Länder bekommen, in denen sie ausdrücklich auf die große Bedeutung der Verpflichtungsermächtigungen für die Bindung europäischer Mittel hingewiesen haben.

Rolf Schwanitz

- (A) Das alles haben Sie ignoriert. Mit Ihren Einschnitten ist ein Sinkflug bei der Gemeinschaftsaufgabe in den nächsten Jahren vorprogrammiert. Das halten wir für falsch.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die dritte Überschrift lautet „Kein Zukunftskonzept bei der Verbraucherpolitik“. Das von Ihnen selbst in Auftrag gegebene Gutachten, wonach die **Verbraucherpolitik** umfinanziert und verursachergemäß aufgebaut werden muss, wonach Betriebe, die die Verbraucherrechte missachten, Strafgebühren zahlen müssen, ist längst auf dem Tisch. Sie haben dieses Gutachten ignoriert. Frau Aigner ist wie immer auf den Zug aufgesprungen und hat gesagt, dass sie das auch gut findet. Als wir einen konkreten Vorschlag gemacht haben, haben Sie ihn schlicht und einfach abgelehnt. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn Verbraucherpolitik bei Ihnen, Frau Aigner, eine folgenlose Ankündigung bleibt, dann werden Sie scheitern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Einzelplan 10 hat drei Überschriften: Klientelpolitik statt Strukturpolitik, Einsparungen an der falschen Stelle und null Zukunftskonzeption bei der Verbraucherpolitik. Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU hat am Montag wunderbarerweise von einem „Gesamtkunstwerk“ gesprochen.

- (B) (Heiterkeit bei der SPD – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Da hat er recht! – Iris Gleicke [SPD]: Ein seltsames Kunstverständnis!)

– Kollege Barthle, das wird ein richtiger Klassiker. – Mir fällt dazu nur die wunderbare Sendung „Kunst & Krempel“ des Bayerischen Rundfunks ein. Ihr Haushalt hat allerdings weniger mit Kunst, dafür mehr mit Krempel zu tun.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Zur weiteren Erläuterung des Gesamtkunstwerks erhält jetzt der Kollege Georg Schirmbeck von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Georg Schirmbeck (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich ist heute ein schöner Tag. Draußen haben wir ein klasse Wetter, eine nette Kollegin hat heute einen runden Geburtstag – wir werden heute noch feiern –, und wir dürfen einen Einzelplan vorstellen, der den Wünschen der Fachleute aus dem Fachausschuss und des Berichterstatters aus dem Haushaltsausschuss entspricht.

Wir können all das debattieren, was wir schon in der ersten Beratung debattiert haben. All die alten Sprüche werden aber durch mehrmaliges Wiederholen nicht bes-

ser. In der zweiten Beratung muss es doch eigentlich darum gehen, was sich durch die Beratungen im Ausschuss geändert hat. Wir halten schließlich eine Haushaltsberatung ab und kein allgemeines Palaver. (C)

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keine Kritik an der Kanzlerin!)

– Frau Künast, wenn Sie ausgeschlafen sind und etwas fragen wollen, dann stehen Sie auf und stellen eine ordentliche Frage, ansonsten schweigen Sie.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Das entscheidet der Präsident und nicht Sie, Herr Schirmbeck!)

Wir dürfen feststellen, dass sich nur wenige Punkte geändert haben. Was hat sich geändert? Wir mussten im Einzelplan – das gilt für alle anderen Einzelpläne auch – Einsparungen vornehmen. Wir haben diese Einsparungen im Bereich der **GAK** vorgesehen. Herr Kollege Schwanitz hat eben richtigerweise ausgeführt – wer mir bei der ersten Beratung richtig zugehört hat, der hat das kommen sehen, ich habe deutlich darauf hingewiesen –, dass wir Einsparungen machen müssen. Das machen wir bei der GAK.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: An der falschen Stelle!)

Ich habe schon damals erläutert, dass das auch deshalb gerechtfertigt ist, weil einige Länder in der Vergangenheit nicht gegenfinanzieren konnten und die Mittel also nicht überall in den Ländern gerecht verteilt worden sind. Von daher ist unser Vorgehen richtig. (D)

(Ulrich Kelber [SPD]: Das haben Sie beim Koalitionsvertrag noch nicht gewusst?)

Wenn Sie nun sagen, das sei ein falsches Zeichen, dann sage ich Ihnen: Die GAK ist in den letzten Jahren – auch in der Großen Koalition – durch unser Zutun aufgewachsen. Wir haben, wenn wir den Haushalt in der vorliegenden Form beschließen, mehr Geld, als wir nach Künast jemals gehabt haben. Das ist also eine positive Sache.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Ein Wortbruch des Koalitionsvertrages!)

Sie behaupten, wir hätten im Bereich **Verbraucherschutz** nichts getan. Wir werden dafür kritisiert, wenn wir einen Aufwuchs bei den Planstellen haben.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt doch gar nicht!)

Es wurde die Zahl von 1 000 zusätzlichen Planstellen genannt. Ich weiß nicht, woher diese Zahl kommt. Es gibt Journalisten, die offensichtlich alles schreiben.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da gibt es Listen des Finanzministeriums!)

Die Realität ist, dass wir 1 600 Stellen einsparen, aber wir bekommen für den wirtschaftlichen Verbraucher-

Georg Schirmbeck

- (A) schutz zusätzlich drei Stellen für den höheren und drei Stellen für den gehobenen Dienst. Wir setzen also einen Schwerpunkt. Das haben wir versprochen, und wir halten Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Endlich geht Ihnen mal der Kronleuchter auf! Damals waren Sie dagegen!)

Ich möchte mich bei meinem Kollegen Peter Hausteiner herzlich für die Zusammenarbeit bedanken. Wir besprechen und analysieren die Situation mit den Fachleuten in aller Ruhe. Dann bringen wir unsere Vorhaben auf den Weg, und der Ausschuss ist uns mit großer Einmütigkeit gefolgt. Wir werden das auch weiterhin so machen.

Ich möchte mich, nicht nur weil es guter Brauch ist, sondern weil es in der Tat Unterschiede zwischen den einzelnen Häusern gibt – das kann man im Haushaltsausschuss durchaus vergleichen –, bei der Ministerin für die vorzügliche Zusammenarbeit bedanken. Auf CDU/CSU-Seite war sie meine Vorgängerin, was die Haushaltsberichterstattung angeht. Sie hat das Ganze nicht verlernt. Sie weiß, wie man mit Haushältern umgeht. Verehrte Frau Ministerin, herzlichen **Dank** für diese Zusammenarbeit!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

– Ein bisschen mehr Stimmung, Kameradinnen und Kameraden!

- (B) (Ulrich Kelber [SPD]: Streicheln und Füttern!)

Das gilt ganz besonders für die Haushaltsabteilung des Ministeriums. Ich darf das einmal sagen: Auf Ulli Kuhlmann und seine Mannschaft ist immer Verlass. Die angeforderten Ausführungen sind immer hundertprozentig korrekt und sind schnell da. Damit kann man im Ausschuss überzeugen. Damit kann man dieses Ergebnis erzielen.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Sagen Sie mal was Politisches! Gelobt haben Sie jetzt genug!)

Meine Damen und Herren, ich habe gesagt, dass heute ein schöner Tag ist, weil wir das Ganze so auf den Weg bringen können.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Das wissen wir schon!)

Ich sage aber auch: Ich habe vernommen, wer uns in der Zeit zwischen der ersten Beratung und jetzt an der einen oder anderen Stelle mit Hinweisen kritisch begleitet hat. In den Haushaltsdebatten werden wir auf der einen Seite dafür kritisiert, dass wir zu viele Schulden machen, aber auf der anderen Seite werden wir für jeden Sparvorschlag, den wir machen und durchsetzen, kritisiert.

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Falsche Priorität!)

Auf der einen Seite wird uns vorgeworfen, dass wir zu viel Personal haben, auf der anderen Seite wird uns vorgeworfen, dass wir Personal abbauen. Alles wird durch-

einandergerührt, sodass in der Öffentlichkeit nachher – das muss man realistischerweise sagen – kaum noch einer den Überblick hat. (C)

Dazu sage ich Ihnen eines: Wer mich ein bisschen länger kennt, der weiß, dass ich alle **Kritik**, die uns berechtigterweise vorgehalten wird,

(Ulrich Kelber [SPD]: An mir aberperlen lasse!)

sehr aufmerksam speichern kann. Der eine oder andere, der uns auf einer Biomesse vorwirft, wir würden im Bio-Bereich jetzt den totalen Kahlschlag machen, der muss es sich auch gefallen lassen, dass wir uns bei den nächsten Haushaltsberatungen jeden einzelnen Antrag einmal ganz genau ansehen – gleich, ob es um 1 000, 10 000 oder 100 000 Euro geht – und schauen, was mit diesem Geld gemacht wird. Wie effizient wird da gearbeitet? Das Etikett „Bio“ oder „Öko“ bedeutet nicht, dass man mit Geld generös umgehen und es einfach unter die Leute streuen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Bestrafungsaktion nannte man das früher!)

Jeder, der uns kritisiert,

(Ulrich Kelber [SPD]: Wird bestraft!)

muss dann auch akzeptieren, dass wir ganz gezielt hinsehen, was an der einen oder anderen Stelle gemacht wird, und muss sich von uns gegebenenfalls Vorhaltungen machen lassen.

Ein Aspekt, der vollkommen untergeht: Wir setzen nicht nur beim wirtschaftlichen Verbraucherschutz einen neuen Schwerpunkt. Es geht auch um die nationale Sicherheit unserer Küstenländer, wenn wir in den **Küstenschutz** investieren. Wir haben ein nationales Programm aufgelegt: jährlich 25 Millionen Euro über das hinaus, was wir über die GAK finanzieren. Das ist doch eine Leistung. Wir müssen den norddeutschen Ländern sagen, dass wir hier etwas für die Länder tun. Wenn ich nur das Geschwafel von einer Schlagseite Richtung Süden höre: All die Zahlen, die Sie bringen könnten – Sie bringen aber gar keine Zahlen –, geben das überhaupt nicht her. Von daher darf ich sagen: Danke an das ganze Haus, dass es möglich ist, dies auf den Weg zu bringen. (D)

Minister Seehofer hat vor einigen Jahren ein ganz neues Thema aufgegriffen und hier in die Diskussion eingebracht: die **Breitbandverkabelung**. Mittlerweile weiß jeder, dass das gerade für den ländlichen Raum eine ganz wichtige Sache ist. Deshalb haben Sie, Frau Ministerin, unsere volle Unterstützung, wenn Sie auch bei diesem Thema künftig mit großem Engagement dabei sind. Es darf nicht sein, dass der ländliche Raum, wo es in vielfacher Hinsicht sehr innovative Köpfe gibt, von neuen Technologien abgeschnitten wird. Das würde dazu führen, dass wir die volkswirtschaftliche Wertschöpfung, die wir in diesem Bereich generieren könnten, nicht generieren. Von daher müssen wir hier eine ganze Menge auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Georg Schirmbeck

- (A) Sie wissen, dass ich mich in meiner Freizeit – wenn Sie so wollen, ist das mein besonderes Hobby – für die deutsche **Forstwirtschaft** engagiere.

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Das wissen wir!)

Ich darf Ihnen sagen: Auch die Ansätze im Einzelplan 10, die im Vorgriff auf das Jahr des Waldes 2011 eingebracht worden sind, stimmen mich heute Morgen froh. Wir haben heute mehr Unterstützung, als wir jemals für die deutsche Forstwirtschaft gehabt haben. Dass der Wald-Klima-Fonds jetzt wächst bzw. auf den Weg gebracht wird, ist eine positive Meldung, die die Bevölkerung einmal hören darf. Auch hier wird also ein Schwerpunkt gesetzt. Es wird etwas gemacht. Ich bin dafür sehr dankbar.

Ich darf Ihnen aber auch sagen: Nachdem die Holzabsatzförderung per Gesetz nicht mehr möglich ist,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bravo!)

nachdem das Bundesverfassungsgericht das in seiner unendlichen Güte gekippt hat, ist es uns gestern Abend gelungen, im Bereich der deutschen Forstwirtschaft auf freiwilliger, privater Basis einen neuen Fonds oder eine neue GmbH in die Welt zu setzen. Ich darf mich bei allen, auch denen aus dem Ministerium, bedanken, die mitgeholfen haben, dass das möglich wird. In der nächsten Woche werden Ullrich Huth und ich einen entsprechenden GmbH-Vertrag unterzeichnen. Dann geht es auch mit der Holzabsatzförderung in Deutschland weiter. Auch das ist ein gutes Beispiel für die Politik, die wir hier machen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe eben schon angesprochen, dass wir bei den **Haushaltsplanberatungen für 2011** sicherlich an der einen oder anderen Stelle intensiver über die Haushaltsansätze sprechen müssen, weil wir – das hat ja eigentlich jeder gesagt – nicht jedes Jahr 80 Milliarden Euro Neuverschuldung haben können. Das heißt, auch im Einzelplan 10 werden wir zukünftig überlegen müssen: Was ist wichtig, was ist ganz wichtig, und was kann man vielleicht für eine gewisse Zeit oder ganz einsparen? Wir werden in allen Bereichen eine höhere Effektivität erreichen müssen. Es kann nicht sein, dass jemand wilde Briefe oder Presseartikel schreibt und aufgrund dessen dann mehr Geld erhält.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? – Rolf Schwanitz [SPD]: Das ist ja Bestrafungspolitik!)

Ich glaube, dass hier eine ganze Menge einzusparen ist.

Ich zeige Ihnen das an einem Beispiel; darüber können Sie gleich wieder lachen. Es gibt Initiativen im Land, die fordern, dass wir im Bereich **Ernährung und Bewegung** aufklären und mehr tun. Auch ich bin der Meinung, dass wir da mehr tun müssen. Aber ich frage

mich, ob wir dafür mehr öffentliche Mittel brauchen. Dass wir uns mehr bewegen müssen, (C)

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vor allem im Kopf!)

dass wir uns vielleicht anders ernähren müssen und dass wir vielleicht weniger essen müssen, weiß jeder. Aber ich habe große Zweifel, ob wir dafür Ansätze in Millio-nenhöhe im Bundeshaushalt brauchen; dies ist nur ein Beispiel.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Bauernverband!)

In jedem Dorf und in jeder Stadt bei uns gibt es Sportvereine. Man muss nur rein in die Sportvereine,

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Wo es sie noch gibt!)

sich dort engagieren und bewegen und ein bisschen mehr darüber nachdenken, was man isst. Dafür braucht man keine Haushaltsansätze.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist vielleicht ein populäres, aber konkretes Beispiel dafür, wie wir im Bundeshaushalt einsparen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich darf es noch einmal sagen: Wir sind mit diesem Einzelplan zufrieden. Ich darf mich bei allen, die mitgeholfen haben, bedanken. Wir sehen der Entwicklung im ländlichen Raum positiv entgegen; denn wir wissen, dass wir gerade im ländlichen Raum die innovativen Köpfe haben, die unsere Gesellschaft braucht. Es hilft nicht, zu jammern, sondern man muss morgens früh aufstehen, früh mit dem Tagwerk anfangen, hart arbeiten und kreativ sein, dann haben wir auch eine gute Zukunft im ländlichen Raum und in ganz Deutschland. (D)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Kollegin Dr. Kirsten Tackmann ist die nächste Rednerin für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Ich werde die Propaganda erst einmal beenden und zum Thema kommen.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]: Da sind wir bei der Linken!)

Wir wollen in Deutschland und Europa eine **multi-funktionale Landwirtschaft**; da sind sich alle Fraktionen einig. Für die Linke heißt das: Die Landwirtschaft

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) soll viele, sehr unterschiedliche Aufgaben im Interesse der gesamten Gesellschaft erfüllen.

Dazu gehört erstens die Sicherung der Versorgung mit gesunden, möglichst regional erzeugten Nahrungsmitteln zu bezahlbaren Preisen statt Agrarexport zulasten armer Länder und Öko- und Sozialdumping auf einem spekulativen Weltagrarmarkt.

Dazu gehören zweitens existenzsichernde Einkommen und Arbeitsplätze in der Landwirtschaft statt Niedriglöhne, Selbstausbeutung, Höfersterben und Verdrängung in den Nebenerwerb.

Dazu gehört drittens eine nachhaltige Biomasseproduktion zur regionalen Sicherung der Energieversorgung statt fondsfinanzierte Großanlagen.

Dazu gehört viertens die Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen, des Wasserhaushalts und des Klimas statt kurzfristiger Kapitalrenditen.

Dazu gehört fünftens die Sicherung sozial und kulturell lebendiger ländlicher Räume statt Abwanderung und Dörfersterben.

Dazu gehören sechstens der Erhalt und die Pflege der Kulturlandschaft statt Verödung und Verwaldung.

Dazu gehört siebtens die Verbesserung der Artenvielfalt auf und neben den Äckern statt Monokulturen und Agrotechnik.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Die existenzielle Voraussetzung zum Erreichen dieser Ziele sind starke und vielfältige Agrarbetriebe, die flächendeckend und nachhaltig wirtschaften, und das klare Bekenntnis der Politik zu den Menschen, die in den Dörfern und kleinen Städten leben und arbeiten wollen. Für die Linke ist der Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen nicht verhandelbar.

Von landwirtschaftlicher Arbeit muss man leben können. Daran muss sich auch der Agrarhaushalt orientieren, erst recht angesichts der aktuellen tiefen **Agrarkrise**. Aber die Koalition versagt als Krisenmanager. Die Kuhschwanzprämie wird de facto zum Stallfenster hinausgeworfen.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Hallo?!)

Nur ein kleiner Teil der Verluste der Betriebe wird kompensiert, und die Ursachen der Krise werden nicht beseitigt. Im Gegenteil: Die Auslieferung der Agrarbetriebe an den hochspekulativen Handel mit Nahrungsmitteln und Ackerböden wird vorangetrieben, bei uns, in der EU und weltweit. Statt diesen Systemfehler zu korrigieren, wird versucht, die Bäuerinnen und Bauern mit Trostpflastern und Durchhalteparolen zu beruhigen. Dabei stehen viele Agrarbetriebe seit Monaten mit dem Rücken an der Wand. Für sehr viel und sehr harte Arbeit wird oft nicht einmal ein existenzsicherndes Einkommen erzielt.

Der Grund sind die nicht kostendeckenden **Erzeugerpreise**. Für Mecklenburg-Vorpommern wurde für 2009 vorläufig errechnet, dass im Durchschnitt mit jedem Liter Milch 10 Cent Verlust gemacht wurden, Liter für Liter. So verloren die Milchbetriebe innerhalb von einem

Jahr 45 Prozent ihres ohnehin nicht üppigen Einkommens. Selbst ein Vorzeigebetrieb mit 2 000 Kühen in meinem Heimatwahlkreis hätte ohne Biogasanlage finanziell nicht überlebt. Wenn Gülle mehr wert ist als Milch, läuft etwas schief. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Die Milch ist nur die Spitze des Problemberges. Insgesamt sanken die Erzeugerpreise um 10 Prozent. Dafür stiegen die Kosten für Diesel, Futter, Dünger und Strom um 10 Prozent. Wer kann das auf Dauer kompensieren? Der kleine Familienbetrieb in Süddeutschland nicht, weil er auch mit Selbstausbeutung aller Familienangehörigen das Existenzminimum nicht mehr erreicht, die größeren Agrarbetriebe in Ostdeutschland nicht, weil sie selbst die niedrigen Löhne nicht mehr zahlen können. Hohe Kreditbelastungen, gestiegene Kosten für Pachten und Flächenzukaufe ziehen die Betriebsabschlüsse weiter in den Keller.

Ganz nebenbei: 500 Millionen Euro Gewinn hat die BVVG 2009 in Ostdeutschland durch den Verkauf ehemals volkseigener Äcker im Auftrag des Bundes verdient. Das sind 500 Millionen Euro, die von den klammen Landwirtschaftsbetrieben erwirtschaftet und in die Kassen des Bundesfinanzministers umverteilt wurden.

Was passiert mit den Agrarbetrieben, die diesen Verdrängungswettbewerb verlieren? Landwirtschaftsfremde Kapitalgeber werfen mit fragwürdiger Motivation Rettungsringe aus und übernehmen die Betriebe. So wird über den spekulativen Handel mit Nahrungsmitteln und Ackerflächen nach WTO- und EU-Regeln bäuerliches Eigentum in rasanter Geschwindigkeit enteignet. Die Linke wird alle unterstützen, die sich dem konsequent entgegenstellen. (D)

(Beifall bei der LINKEN – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Sie haben ja schon einmal Fleischmarken ausgegeben! Sie kennen sich da ja sicherlich aus!)

Wir brauchen einen **Paradigmenwechsel** in der Agrarpolitik. Zum Beispiel müssen in die Handelsregeln der EU und der WTO soziale und ökologische Standards einbezogen werden. Wir brauchen die Stärkung der Rechtsposition der Agrarbetriebe gegenüber Dünge- und Pflanzenschutzmittelherstellern, der Verarbeitungsindustrie und dem Lebensmitteleinzelhandel, die ja sehr gut verdienen. Dabei müssen Lebensmittel nicht teurer werden, sondern sie müssen bezahlbar bleiben.

Damit auch der Agrarhaushalt zur Problemlösung beitragen kann, haben wir **Änderungsanträge** eingebracht. Aus dem Grünlandmilchprogramm sollten 60 Millionen Euro in die Förderung von Erzeugerzusammenschlüssen umgelenkt werden; denn zur Überwindung der Krise brauchen wir eine verstärkte Zusammenarbeit der Betriebe.

(Beifall bei der LINKEN)

Abgelehnt!

Die Mittel für das Bundesprogramm Ökolandbau wollten wir von 16 auf 25 Millionen Euro aufstocken.

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) Dafür sollten 3 Millionen Euro EU-Agrarexportförderung gestrichen werden,

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Hallo?! Geht es noch?)

ebenso die geplante Aufstockung der Förderung nachwachsender Rohstoffe.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Das wollen wir genau umgekehrt!)

Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Leider haben auch die Grünen nicht zugestimmt.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Die Grünen lernen eben dazu! Das geht langsam, aber sie lernen dazu!)

Fazit: Der Agrarhaushalt des Bundes für das Jahr 2010 wird für viele Betriebe allenfalls eine Sterbehilfe sein. Die Folge: Immer mehr bäuerlich bewirtschaftete Agrarflächen werden über den Markt enteignet. Weil der Haushaltsplan daran nichts ändert, wird die Linke ihm nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Heinz-Peter Haustein ist der nächste Redner für die FDP-Fraktion.

- (B) (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Schönen Gruß aus dem Erzgebirge!)

Heinz-Peter Haustein (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident Lammert! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste auf den Besuchertribünen! Der Einzelplan 10, der des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, spricht für sich: Es geht um Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Die Ernährung eines Landes ist die Grundlage jeder Gesellschaft. Die Ernährung ist nicht alles, aber ohne Ernährung ist alles nichts.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: So ist es! Das wissen hier aber leider nicht alle!)

Manchmal sagen wir den Satz „Unser täglich Brot gib uns heute“ wahrscheinlich nur so daher, ohne uns darüber im Klaren zu sein, dass es nicht selbstverständlich ist, dass wir genug zu essen und zu trinken haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt noch einen Spruch: Erst das Essen, dann die Moral! – Zuruf von der SPD: Los! Noch so ein Spruch!)

Zuerst bedanke ich mich bei meinen Kollegen aus dem Haushaltsausschuss, besonders bei Schorsch Schirmbeck, für die gute Zusammenarbeit und das gute Miteinander. Natürlich bedanke ich mich auch beim

Ministerium, den kompetenten Mitarbeitern und der dynamischen Ministerin Ilse Aigner. Es war ein gutes Miteinander. (C)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Lachen bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Einzelplan 10 ist von **Sozialausgaben** geprägt. 64,4 Prozent der Mittel werden für Soziales aufgewandt. Das sind im Einzelnen 2,28 Milliarden Euro für die Alterssicherung, 44,5 Millionen Euro für die Renten der Kleinlandwirte und 24,5 Millionen Euro für die Zusatzaltersversorgung der Arbeitnehmer. Das ist recht und billig. Um die Sozialsysteme zu stabilisieren, erhält nämlich auch die gesetzliche Rentenkasse einen Zuschuss, und zwar von über 80 Milliarden Euro. – Ein weiterer Zuschuss von 1,25 Milliarden Euro geht an die Krankenversicherungsträger. Auch die landwirtschaftliche Unfallversicherung, durch die nicht nur Wegeunfälle und Arbeitsunfälle, sondern auch Renten abgesichert werden, wird mit 200 Millionen Euro bezuschusst.

Das machen wir als christlich-liberale Koalition deshalb, weil wir die **Lohnnebenkosten** konstant und stabil halten wollen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ein Landwirt ist ein Unternehmer. Ein Unternehmer muss rechnen, er muss sehen, wie er zurechtkommt in diesem weltweiten Wettbewerb der Dienstleistungen und Waren. Wenn die Lohnnebenkosten steigen, steigen die Kosten des Unternehmers. Damit sinkt sein Gewinn. Wenn sein Gewinn sinkt, zahlt er weniger Steuern. Genau diese Steuern brauchen wir aber, um die Sozialsysteme zu stabilisieren. Wir haben des Weiteren, um die landwirtschaftlichen Betriebe besser auszustatten, eine Liquiditätshilfe von 25 Millionen Euro bereitgestellt, die, wie ich höre, sehr gut angenommen wird. Wir helfen auch den gebeutelten Milchbauern (D)

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Welchen denn? Ich komme aus Sachsen-Anhalt, da ist nichts angekommen!)

mit 300 Millionen Euro für das Grünlandmilchprogramm. Das alles ist wichtig, um dem Unternehmer Landwirt zur Seite zu stehen und zu helfen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dann ist da noch der Bereich **Verbraucherschutz**. Der Verbraucherschutz ist wichtiger denn je. Bei Verbraucherschutz denkt man zuerst an Lebensmittelkontrolle. Es geht bei Verbraucherschutz aber auch um eine Kontrolle des Finanzmarktes. Deswegen ist es schön, dass Leute eingestellt wurden, die verhindern, dass faule Angebote unterbreitet werden und Menschen ihr Geld verlieren.

Alles in allem kann man sagen: Dieser Haushalt ist ausgewogen und ausgeglichen.

Noch ein Wort zu den Linken. Die Linken haben von Enteignung gesprochen. Da kann ich nur zurückgeben: Mit Enteignung kennt ihr euch aus.

Heinz-Peter Hausteин

- (A) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Caren Lay [DIE LINKE]: Das war besonders originell!)

Zu DDR-Zeiten, in den 60er-Jahren, habt ihr sämtlichen Bauern Grund und Boden weggenommen und die Betriebe verstaatlicht. Das nur zur Klarstellung.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie das Wort „Blockparteien“ schon einmal gehört? LDPD, da haben Sie doch mitgemacht!)

Zusammenfassend ist zu sagen: Heute ist ein guter Tag für unsere Landwirtschaft. Wir können uns freuen, einen so schönen Haushalt zu haben. Es wird Zeit, dass frischer Wind über unsere Scholle, über unsere Weinberge und Seen weht, dass es aufwärts geht in diesem Land.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frischen Wind zur Ablösung dieser Regierung finde ich gut!)

Zum Schluss, liebe Freunde, noch ein Spruch: Das beste Wappen in der Welt ist der Pflug im Ackerfeld. In diesem Sinne ein herzliches Glückauf aus dem Erzgebirge!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Caren Lay [DIE LINKE]: Das war ein Auftritt! – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Helau! Karneval ist vorbei!)

(B)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist doch schön und ermutigend, zu beobachten, wie man auch drögen Einzelplanberatungen eine gewisse philosophische Tiefe abgewinnen kann.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]: Note, nicht Tiefe!)

Um die Fortsetzung dieser Bemühungen darf ich jetzt den Kollegen Alexander Bonde für die Fraktion Die Grünen bitten.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Das war's dann mit der Tiefe!)

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will jetzt keine Bauernweisheiten zum Besten geben, ich will mich als Hauptberichterstatter bei den Kollegen, beim Haus und bei der Ministerin für die gute Zusammenarbeit ganz herzlich bedanken. Ich will dazu sagen: Dieser Dank gilt nur dem Verfahren und der Information, nicht dem Inhalt dieses Einzelplanes und nicht für das, was die schwarz-gelbe Koalition im Einzelplan für Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Ernährung im Laufe dieser Beratungen angestellt hat.

(C) Wir haben ja erlebt, dass das Stiefkind dieses Ministeriums weiterhin der **Verbraucherschutz** ist; durch Fernsehinterviews zum Thema Google wird die Welt nicht verändert.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Alex, du hältst die Rede vom letzten Mal!)

Die Fragen sind: Welche Konsequenz ziehen Sie eigentlich aus der Finanzkrise? Wo sind die qualitativen Verbesserungen gerade in den Bereichen Verbraucherberatung und Verbraucherschutz bei den Finanzdienstleistungen? – Überall dort passiert in Ihrem Haus nichts. Auch in Bezug auf die Vorschläge, die wir in diese Haushaltsberatungen eingebracht haben – von den sogenannten Watchdogs, also den Marktwächtern, bis hin zur Stärkung des finanziellen Verbraucherschutzes –, ist nichts passiert, und dazu findet sich in dem, was Sie heute als Haushalt verabschieden wollen, nichts wieder.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben das Stiftungskapital bei der Stiftung Waren-test erhöht. Das ist gut und richtig, aber das reicht eben nicht. Das ist keine Verbraucherschutzpolitik.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Aber es ist mehr, als Rot-Grün zustande gebracht hat!)

Kommen wir zum Bereich der **Landwirtschaftspolitik**. Sie haben in diesem Haushalt viele Umschichtungen vorgenommen: hier genommen, da gegeben.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Wo? Was denn?) (D)

Wenn man sich genau anguckt, wie die Linie verläuft, dann wird deutlich, welche ideologische Wegmarke diese Koalition setzt. Es geht immer darum, die Industrialisierung der Landwirtschaft voranzutreiben, es geht um Masse, Masse, Masse, und es geht um Export statt Qualität.

Das sieht man besonders, wenn man sich anschaut, was Sie unter dem Stichwort **Grünlandmilchprogramm** gemacht haben: Kuhprämie, Stärkung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung usw. usf. All diese Maßnahmen sind nichts anderes als eine Brücke hinüber zur nächsten Stufe des Höfesterbens, weil Sie am Kernproblem, an der Überproduktion, überhaupt nichts ändern und weil Sie auch nicht bereit sind, etwas zu ändern.

Wenn man sich anguckt, was durch Ihr Grünlandmilchprogramm eigentlich passiert, dann sieht man – ich will das einmal klar sagen, Frau Ministerin –: Durch die übermäßigen Kürzungen bei der Förderung erneuerbarer Energien im Solarbereich, die Sie als Landwirtschaftsministerin im Kabinett mit zugelassen haben, wird den meisten Höfen in dieser Republik auf Dauer mehr geschadet, als ihnen durch die Almosen geholfen wird, die Sie ihnen hier für das Grünland geben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Willst du die Verbraucher abzocken,

Alexander Bonde

- (A) oder was willst du machen? – Zuruf von der FDP: Das ist für den Verbraucherschutz ganz wichtig!

Sie wagen sich nicht an die Ursachen des Problems in der Landwirtschaft heran, und Sie gehen nicht gegen den Preisverfall durch Überproduktion vor. Zum Schluss betreiben Sie eine Dumpingpolitik, mit der Sie nicht nur den Bäuerinnen und Bauern im Inland schaden, und zwar insbesondere den kleinen Betrieben der bäuerlichen Landwirtschaft in schwierigen Regionen – nicht nur bei mir im Schwarzwald, aber auch da –, sondern mit der Sie auch international Schaden anrichten. Denken Sie nur einmal daran, welche massiven Verwerfungen im Landwirtschaftsbereich durch Ihre Exportstrategie in den Ländern der Dritten Welt hervorgerufen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die **Exportförderung** ist ja die große neue heilige Kuh dieser schwarz-gelben Koalition. Überall, wo Sie in diesem Haushalt etwas getan haben, ging es darum, die Exportförderung wieder zu stärken, hier noch einen zu finden, der ein bisschen Überschuss in die dritte Welt liefern kann, und dort noch einen zu finden, der die Industrialisierung der Betriebe vorantreibt, damit man aus jedem Acker und jedem Tier noch ein bisschen mehr herausholt.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Kollege, kennen Sie eigentlich unsere Märkte? Wissen Sie, wo Sie die Wertschöpfung holen können? – Gegenruf der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alles Wolkenskuckucksheime!)

(B)

Das genau sind die Veränderungen, die Sie in diesem Einzelplan geschaffen haben. Damit gehen Sie am Kern des Problems vorbei.

Interessant ist ja, wie Sie versucht haben, das gegenzufinanzieren. Sie haben die Verpflichtungsermächtigungen beim Bundesprogramm Ökologischer Landbau und die Mittel zur Absicherung der Forschungsprojekte zu nachwachsenden Rohstoffen gekürzt.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Das ist doch gar nicht wahr! Du redest die Rede vom Vorjahr! Das ist doch alles Kokolores!)

Es gab dann massive Proteste von uns. Das war der Punkt, an dem deutlich wurde: Eine wachsame Opposition zahlt sich aus. – Sie mussten dann zurückrudern.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Hallo! Hallo! Ach, hör doch auf!)

– Jawohl, Genosse Schirmbeck, Sie sind in der Bereinigungssitzung zum Glück umgekippt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese falschen Kürzungen haben Sie revidiert. Hier sind Sie zurückgerudert, und das war richtig so; das attestiere ich Ihnen ausdrücklich.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Ich bin Bergbauer; ich kann gar nicht rudern!)

Der Punkt ist: Sie sind dann in den nächsten Fettnapf reingetreten, weil Sie, um Ihre Exportförderung finanzieren zu können, dann die Verpflichtungsermächtigungen bei der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutz“, der zweiten Säule der Agrarförderung, kürzen mussten. Dort geht es um die Agrarstrukturen, um ökologische Produktion, um den Erhalt von Kulturlandschaften und um den ländlichen Raum.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Es ist mehr Geld da als je zuvor! – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Der Kollege Schirmbeck hat Ihnen erklärt, wie es funktioniert!)

Das sind genau die Bereiche, die jetzt eigentlich im Fokus einer verantwortungsvollen Landwirtschaftspolitik stehen müssten, und genau hier haben Sie gekürzt, um Ihren blinden Exportwahn gegenzufinanzieren.

Diese Koalition hat nicht kapiert, wie die Lage in der Landwirtschaft ist. Da machen sich manche lieber vom Acker, anstatt die bäuerliche Landwirtschaft zu unterstützen. Ihre Exportstrategie führt in eine Sackgasse. Im Kern wissen Sie das auch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Petra Crone [SPD])

Frau Aigner, als Verbraucherschutzministerin sind Sie auch für die Frage des Etikettenschwindels zuständig. Bitte klären Sie endlich auf: Was hier die ganze Woche als christlich-liberal gefeiert wird, ist am Ende doch nur schnödes Schwarz-Gelb.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie der Abg. Caren Lay [DIE LINKE] – Dr. Erik Schweickert [FDP]: Einfach nur nachlesen!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Bundesministerin Ilse Aigner.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ilse Aigner, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe mich der Meinung des Kollegen Schwanitz an: Heute ist „ein schöner Tag“. Hier geht es – Herr Schwanitz, Sie haben es erwähnt – um ein „Gesamtkunstwerk“.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich nehme gern stellvertretend für mein ganzes Haus, für die Haushaltsabteilung, aber auch für die Parlamentarischen Staatssekretäre, den Dank für die gute Zusammenarbeit entgegen. Diese ist für meine Begriffe eine Selbstverständlichkeit; denn der Haushalt ist eines der Kernstücke der parlamentarischen Tätigkeit. Ich kann den Dank nur an alle Berichterstatter und den Fachausschuss zurückgeben. Es war wirklich eine sehr gute Zusammenarbeit.

(C)

(D)

Bundesministerin Ilse Aigner

(A) Sehr geehrter Herr Schwanitz, auch ich habe drei Überschriften, die erwartungsgemäß anders als Ihre lauten; das ist im parlamentarischen Raum die normale Verteilung. Bei uns heißt es: erstens Vertrauen schaffen und Versprechen halten, zweitens in der Krise helfen, drittens in die Zukunft investieren.

Beim Thema Vertrauen schaffen gehe ich gerne auf die mehrfachen Anspielungen betreffend den **Verbraucherschutz** ein. Sie können sich noch so ärgern; aber wir haben in diesem Bereich wahnsinnig viel auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben manchmal vielleicht einen anderen Ansatz als Sie, wenn es um die Verbraucher geht: Wir wollen die Verbraucher nicht bevormunden, sondern ihnen helfen, mündig zu entscheiden. Dazu braucht man Hilfestellungen wie klare, transparente Regeln und Entscheidungshilfen. Da sind wir auf einem sehr guten Weg.

(Ulrich Kelber [SPD]: Ein konkretes Beispiel, bitte!)

– Wir haben, übrigens noch in unserer gemeinsamen Regierungszeit, ein Beratungsprotokoll auf den Weg gebracht.

(Heiterkeit bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]: Mit uns schon!)

– Moment! Ich wollte es nur sagen; denn Sie können schlecht auf sich selbst schimpfen.

(B)

(Ulrich Kelber [SPD]: Nein! Da haben wir Sie ja auch noch gedrängt!)

Das war nur ein Punkt, einer von mehreren Bausteinen. Wir haben jetzt, ohne einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht zu haben, alle **Banken** dazu gebracht – das ärgert Sie vielleicht –, einen sogenannten **Beipackzettel** vorzulegen.

(Widerspruch bei der SPD – Ulrich Kelber [SPD]: Den soll ein Normalbürger verstehen?)

– Ich weiß, dass Sie das ärgert; aber ich finde, das ist schon eine reife Leistung.

(Ulrich Kelber [SPD]: Lächerlich!)

– Schauen Sie es sich einfach einmal an! Ich kann Ihnen garantieren: Auch wir werden uns diese Beipackzettel genau anschauen. Das ist jetzt sozusagen erst einmal ein Entwurf.

(Ulrich Kelber [SPD]: Ich habe auf Ihre Rechtfertigung gewartet! Nichts gefunden! Schon bitter! – Weiterer Zuruf von der SPD: Schrott ist das!)

Wir werden uns das gemeinsam anschauen; ich werde nicht lockerlassen, bis alle Angaben, die wir uns vorgelegt haben, im Beipackzettel auftauchen. Das ist unsere Aufgabe; da werden wir sehr wachsam sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir wissen sehr wohl, dass das nur eine Etappe sein wird. Die nächste Aufgabe wird sein, die **Finanzaufsichtsbehörden** zu stärken. Da sind wir gemeinsam mit den Finanzfachleuten auf einem guten Weg. Übrigens – vielleicht haben Sie das noch gar nicht gemerkt – hat der Bundesfinanzminister schon ein Eckpunktepapier zu diesem Bereich vorgelegt, das wesentliche weitere Schritte enthält.

(Ulrich Kelber [SPD]: Ein ganzes Eckpunktepapier!)

Sie sehen also: Wir gehen im Bereich der Verbraucherfinanzen Schritt für Schritt vor, um hier wieder das Vertrauen in diese Branche und auch die Verbraucher selbst zu stärken.

Wir werden die Lücken auf dem **grauen Kapitalmarkt** schließen. Wir werden die Fragen in Angriff nehmen: Wie muss sich ein Berater qualifizieren? Wie sieht es mit der Haftung aus? Das ist wirtschaftlicher Verbraucherschutz; so werden wir Schritt für Schritt vorangehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Aber es geht über die reine Gesetzgebung hinaus. Das Bewusstsein der Finanzdienstleister dafür, dass der Kunde König ist und dass sich die Vertriebsstrukturen und die Anreizsysteme am Blickwinkel des Kunden statt an internen Abläufen orientieren müssen, kann ich schließlich nicht gesetzlich verordnen. Aber wir werden ihnen auf die Finger schauen. Ich glaube, das ist ein wesentlicher Punkt: Der Kunde muss im Mittelpunkt stehen.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Davor fürchten Sie sich aber!)

– Nein.

Was die Frage angeht, wie wir den Kunden stärken können, haben wir bei der **Stiftung Warentest** etwas umgesetzt, was andere lange versprochen haben.

(Zuruf von der FDP: Das stimmt!)

Wir haben das Stiftungskapital im ersten Schritt – es kommen noch zwei weitere Tranchen dazu – auf 20 Millionen Euro aufgestockt. Das haben viele, auch eine Vorgängerregierung, versprochen. Sie haben es nicht geschafft. Wir haben es jetzt umgesetzt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Versprochen und gehalten!)

Wir haben auch schon die ersten Schritte in die Wege geleitet, um gemeinsam mit dem Verbraucherzentrale Bundesverband eine Stiftung zu gründen und das Stiftungskapital zu erhöhen.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das dauert aber mindestens 25 Jahre!)

Wir werden auch nicht lockerlassen, in diesem Bereich weiter voranzugehen.

Bundesministerin Ilse Aigner

- (A) (Ulrich Kelber [SPD]: Nur die entsprechenden Anträge abgelehnt!)

Ein weiterer Punkt ist die **Hilfe in der Krise**. Um es noch einmal klarzumachen: Das Sonderprogramm für die Landwirtschaft wurde nicht durch irgendwelche Umschichtungen finanziert, lieber Kollege Bonde, sondern es sind 750 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt worden. Ein Programm in dieser Größenordnung hat es noch nie gegeben. Wir haben das im Koalitionsvertrag versprochen, und wir haben es jetzt auch sehr schnell umgesetzt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Die Erhöhung für die GAK war auch versprochen!)

Das Programm heißt **Grünlandmilchprogramm**. Die Schwerpunkte liegen auf Grünland

(Ulrich Kelber [SPD]: Beim Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist es auch nicht das Wachstum!)

und Milch. Das sind die beiden Komponenten.

(Zuruf des Abg. Rolf Schwanitz [SPD])

– Übrigens, Herr Schwanitz, wenn Sie schon auf Bayern abzielen: Bayern liegt nicht im Südwesten; dort liegt Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Aber hier geht es um das Grünlandmilchprogramm. Wir haben es so schnell und effektiv umgesetzt, wie es unter europarechtlichen Gegebenheiten möglich ist. Das war eine reife Leistung. Dafür kann ich meinem Haus einen großen Dank aussprechen. In drei Wochen ein solches Programm auf die Beine zu stellen, ist eine riesige Leistung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wieso in drei Wochen?)

Die Verlässlichkeit kommt bei den Bauern sehr wohl an. Die Erhöhung des Zuschusses zur **landwirtschaftlichen Unfallversicherung** war für alle Landwirtinnen und Landwirte ein ganz zentraler und entscheidender Punkt, der schnell und effektiv umgesetzt wurde. Die Bescheide sind verschickt worden. Bei mir ist große Dankbarkeit dafür angekommen, dass wir nicht nur etwas versprochen, sondern es auch gehalten haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Rolf Schwanitz [SPD]: Für Bayern!)

Ein weiterer wichtiger Baustein war das **Liquiditätshilfeprogramm**. Ich bin froh, dass wir uns wenigstens in diesem Punkt einig sind. Wie nötig es war und ist, zeigt der Abruf. Start des Antragsverfahrens war am 1. März. Schon am 9. März mussten wir es wegen der enormen Nachfrage schließen. Wir bräuchten noch viel mehr Geld dafür. Es zeigt sich aber, wie wichtig es war, die Mittel in diesem Bereich einzusetzen. Deshalb werden wir uns

gemeinsam mit den Haushältern damit befassen müssen, wie wir das Programm möglichst schnell und effektiv umsetzen können. (C)

Insgesamt ist festzustellen, dass die Maßnahmen greifen. Sie werden zügig und unbürokratisch umgesetzt. Wir unterstützen die Betriebe in einer Situation, in der sie diese Unterstützung dringend brauchen.

Der nächste Punkt sind die **Investitionen in die Zukunft**. Georg Schirmbeck hat die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ angesprochen. Ich war unter Rot-Grün Haushaltsprecherin in diesem Bereich. Wissen Sie, wie hoch der Ansatz damals war? Es waren 615 Millionen Euro. Deshalb muss ich mir von Ihnen nicht sagen lassen, dass unser Ansatz jetzt zu niedrig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Um das Ganze noch einmal zusammenzufassen: Sie haben einen Finanzierungsvorschlag gemacht, die Verstärkungsmittel für andere Zwecke zu verwenden. Wir haben sie für die Gemeinschaftsaufgabe vorgesehen. Ihr Vorschlag hätte zu dem geführt, was wir jetzt aufgrund der haushaltspolitischen Rahmenbedingungen machen müssen.

(Dr. Martin Schwanholz [SPD]: Sie haben den Plafond und die Verpflichtungsermächtigungen gesenkt!)

Schauen Sie ganz genau hin. Wir haben die Verstärkungsmittel für die Stärkung der Gemeinschaftsaufgabe vorgesehen. Das ist jetzt Fachchinesisch der Haushälter, aber das muss an dieser Stelle deutlich gesagt werden. Ich bedanke mich, dass wir die Mittel für diese Gemeinschaftsaufgabe verstetigen konnten. Gemeinsam mit den Haushältern der christlich-liberalen Koalition war das eine hervorragende Zusammenarbeit. Herzlichen Dank dafür. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe; dabei bleibe ich. Natürlich bin ich über alle Erhöhungen der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe froh. Darüber freue ich mich immer. Auf alle Fälle ist das ein wichtiger Punkt – auch da sind wir uns Gott sei Dank einig – zur Stärkung der ländlichen Räume, aber auch für die Finanzierung eines aktiven Beitrags im Bereich von Klimaschutz, Artenvielfalt, Ressourcenschutz und auch von Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Ich halte das nach wie vor für eines der zentralen Programme. Deshalb werden wir darauf weiterhin unser Augenmerk legen.

Wichtig für die ländlichen Räume ist, nebenbei bemerkt, auch die **Breitbandverkabelung**. Für dieses Jahr stehen dafür 25 Millionen Euro zur Verfügung. Ich hoffe und gehe davon aus, dass die Länder und Kommunen diese Mittel auch abrufen. Gerade im Bereich der ländlichen Entwicklung müssen wir die Schwerpunkte setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Aber zur **Zukunftsfähigkeit** möchte ich noch eines sagen: Natürlich hat Zukunftsfähigkeit auch damit zu

Bundesministerin Ilse Aigner

- (A) tun, dass man Produkte verkauft. Das kann man nur, wenn sie eine gute Qualität haben. Mit Verlaub: Das gilt im Inland wie im Ausland. Deshalb halte ich es nicht für ehrenrührig, dass man landwirtschaftliche Produkte aus Deutschland weltweit exportiert und für ihre hervorragende Qualität wirbt. Das halte ich für einen richtigen Ansatz.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es ist doch auch eine Frage der Verlässlichkeit, wenn wir in schwierigen Zeiten, in denen der Absatzförderfonds aus Gründen, die wir heute nicht mehr erörtern müssen, zusammengebrochen ist, für eine Übergangsphase unterstützend tätig sind. Deshalb ist es wichtig gewesen, auch in diesem Bereich einen kleinen Schwerpunkt zu setzen und zu sagen: Es ist uns wichtig, dass die guten Produkte auch international vertrieben werden können. Das ist meines Erachtens eine Selbstverständlichkeit.

Nicht zuletzt – auch das möchte ich am Schluss noch sagen – geht es um Zukunftsinvestitionen im Bereich der **Forschung**. Ich sage mit großem Stolz: Unser Ministerium hat eine sehr große Ressortforschungseinrichtung. Aber dieser Bereich ist nicht nur groß, nämlich der viertgrößte, sondern auch gut. Das ist das Entscheidende. Ich habe mich gestern mit den Spitzen der Forschungscommunity getroffen. Dabei wurde uns bestätigt, dass unsere Ressortforschungseinrichtung qualitativ auf einem sehr hohen Niveau ist. Dass wir in den Neubau des Friedrich-Loeffler-Instituts auf der Insel Riems investieren, nämlich 300 Millionen Euro, ist ein hervorragendes Zeichen, nicht nur für die Forschung, sondern, mit Verlaub, auch für die Region. Es ist richtig, hier einen Schwerpunkt zu setzen. Das war eine ausgezeichnete Entscheidung. Ich freue mich, dass wir den Neubau dieses Jahr einweihen können.

- (B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Die christlich-liberale Regierung, die Koalition, hat hier die richtigen Weichenstellungen vorgenommen. Wir sind auf einem guten Weg. Er führt in die Zukunft. Ich kann immer nur sagen: Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sind Zukunftsthemen. Wir werden sie gemeinsam gestalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ulrich Kelber ist der nächste Redner für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ulrich Kelber (SPD):

Attackiert, befürchtet, bemängelt, drängt, fordert, gibt zu bedenken, hinterfragt, ist verärgert, kritisiert, kündigt an, lehnt ab, macht Druck, regt an, schimpft über, schlägt vor, verlangt, verspricht, will, sollte, müsste, könnte – dieser Überblick, Frau Ministerin Aigner, über die wunderbare Vielfalt unserer schönen deutschen Sprache

stammt aus Ihren Medienauftritten der letzten drei Wochen. (C)

Kein Notizblick, kein Mikrofon, keine Kamera ist vor Ihnen sicher.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Sie sind doch nicht frauenfeindlich, oder?)

Allerdings vermisse ich die entscheidenden Sätze, für die Sie gewählt wurden und für die Sie bezahlt werden – wir können gemeinsam üben –: Ich habe einen Gesetzentwurf vorgelegt. Ich habe durchgesetzt. Ich habe erreicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Erik Schweickert [FDP]: Sie nicht!)

Dafür sind Sie gewählt worden. Dafür werden Sie bezahlt. Innerhalb dieser Nichtregierungsorganisation, die auf den Plätzen der Bundesregierung Platz genommen hat, sollten Sie eigentlich die Ministerin für Verbraucherschutz sein. Sie sind eine tatenlose Ankündigungsministerin.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Bleser von der CDU, wenn man einen solchen Vorwurf macht, muss man ihn belegen; das ist mir klar, das tue ich gerne. Lassen Sie uns über die Untätigkeit von Frau Aigner und ihre Nebelkerzen bei der Finanzierung des **Verbraucherschutzes** reden. Schauen wir auf die Zögerlichkeit beim Kampf gegen Gebühren an Geldautomaten, über die sich sogar der Koalitionspartner zu Recht aufregt. (D)

Aufmerksamkeit verdient auch die Totalverweigerung der Ministerin beim Verbraucherschutz im Finanzsektor. Der Kampf gegen falsche Lebensmittelkennzeichnung findet im Wesentlichen in den Medien statt. Bei den Verbraucherrechten im Gesundheitssektor ist die Ministerin ein Totalausfall, ausnahmsweise auch medial. Beim Datenschutz stürzt sie sich auf die öffentlich leicht erklärbaren Vorgänge, obwohl Verbraucherschutzverbände und Datenschutzbeauftragter bei anderen Themen weit mehr Handlungsbedarf sehen als bei Google Street View. Krönender Abschluss ist: In Bayern ist die CSU-Politikerin Aigner gegen Gentechnik. In Berlin fährt sie als Ministerin einen Zickzackkurs, und in Brüssel unterstützt sie unbeirrt die Gentechniklobby.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Erik Schweickert [FDP]: Was ist eure Position?)

Erstes Beispiel, die Finanzierung des Verbraucherschutzes. Am Tag vor Heiligabend erklärt die Ministerin lauthals: Wir geben der **Stiftung Warentest** einmalig einen Zuschuss in Höhe von 50 Millionen Euro. – Nicht erwähnt wird, dass man den jährlichen Zuschuss um 2,5 Millionen Euro kürzt. In den Haushaltsberatungen

Ulrich Kelber

- (A) gibt das Ministerium dann zu: Ja, es kommt plus/minus null heraus, wenn die Stiftung jährlich 5 Prozent Gewinn plus Inflationsausgleich erwirtschaftet. – Alle Experten sagen, dass das völlig unrealistisch ist. In Wirklichkeit wird es bereits 2011 eine reale Kürzung geben. 2012 fehlt der Stiftung Warentest ein Betrag in Millionenhöhe.

Ich habe noch gut im Ohr, wie die Ministerin Ende 2009 gesagt hat: Die Bußgelder aus den Kartellrechtsverfahren verwenden wir für die Finanzierung des Verbraucherschutzes. – Die SPD hat die Probe aufs Exempel gemacht und genau das in den Haushaltsberatungen beantragt. Das wurde von Schwarz-Gelb wie erwartet abgelehnt. Nun muss ich Sie fragen: Frau Ministerin, haben Sie sich nicht durchsetzen können, oder waren Ihre Ankündigungen wertlos?

Zweites Beispiel, der **Verbraucherschutz im Finanzsektor**. Sie haben zu Recht erwähnt, was die Große Koalition gemacht hat. Ich frage mich aber, was danach passiert ist. Wir haben damals die Dokumentationspflicht bei der Kundenberatung und die Verlängerung der Verjährungsfrist bei Falschberatung gegen anfänglichen Widerstand von CDU/CSU durchsetzen können. Alles andere durfte aufgrund des Widerstands der CDU/CSU nur als Prüfungsauftrag beschlossen werden. Was ist daraus geworden? Im Zwei-Wochen-Rhythmus kündigt die Ministerin Gesetzentwürfe an. Sie legt aber keine vor. Aus Verzweiflung schmücken Sie sich jetzt mit Informationsblättern, die aufgrund von EU-Vorgaben sowieso bald notwendig sind. Weil Sie kein Gesetz beschlossen haben, hat jede Bank ein eigenes Informationssystem entwickelt. Einige dieser unterschiedlichen Informationssysteme sind nach wie vor so unverständlich, dass sie den Verbraucherinnen und Verbrauchern keinen Vorteil bringen werden.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Caren Lay [DIE LINKE])

Drittes Beispiel, die irreführenden **Lebensmittelkennzeichnungen**. Das ist ein besonders trauriges Kapitel. Das Ministerium von Frau Aigner selbst hat eine Umfrage bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern gemacht, welche Form der Kennzeichnung wichtiger Inhaltsstoffe sie sich wünschen. Über 80 Prozent sagen: Ich bevorzuge eine farbliche Kennzeichnung nach dem Ampelprinzip; ich verstehe sie und halte sie für erfolgreich. – Das ist das Ergebnis einer Umfrage, die das Ministerium von Frau Aigner selbst durchgeführt hat. Die Ministerin hält aber der Lebensmittelkonzernlobby die Treue und verhandelt in Brüssel dagegen. CDU/CSU- und FDP-Abgeordnete des Europaparlaments versuchen, die Ampelfarbenkennzeichnung zu Fall zu bringen.

(Dr. Erik Schweickert [FDP]: Weil es richtig ist!)

Bei Imitatkäse und -schinken brauchten Sie fast ein Jahr, um es in Brüssel zur Sprache zu bringen. Dabei hatte Frau Aigner hier doch Unterstützung durch das mediale Dauerfeuer Ihrer neuen Staatssekretärin Klöckner, die versucht, Frau Aigner den Rang als tatenlose Ankün-

- digungsweltmeisterin streitig zu machen. Sie haben ein Jahr gebraucht, nicht um es zu regeln, sondern um es zur Sprache zu bringen. (C)

Auch bei einer anderen Sache warten wir seit einem Jahr auf eine nationale Regelung, die Sie schon längst hätten auf den Weg bringen können. In den Regalen der Supermärkte steht Milch als Frischmilch, obwohl es sich gar nicht um Frischmilch handelt. Vor einem Jahr haben Sie gesagt: Das wollen wir verhindern. Wir können das national regeln. – Bis heute ist nichts passiert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Peter Bleser [CDU/CSU]: Sie ist gekennzeichnet!)

Viertes Beispiel, die überhöhten **Gebühren an Bankautomaten**. Frau Ministerin, Sie haben diese Gebühren zu Recht kritisiert. Die Frage ist aber: Was tun Sie? Gestern hat sich Herr Goldmann von der FDP, Ihrem Koalitionspartner, öffentlich über die „Zögerlichkeit“ der Ministerin beschwert. Die Rache erfolgte sofort. Herr Schirmbeck hat ja gesagt: Wer uns kritisiert, muss damit rechnen, dass wir ihn auseinandernehmen. – Herrn Goldmann ist das gestern passiert. CDU/CSU und das Ministerium haben nach seiner Äußerung das Fachgespräch des Verbraucherausschusses boykottiert. Peinlicher geht es nicht mehr.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

- Einer Opposition fällt das politische Leben sicherlich leichter, wenn eine Regierung ablehnt, zu regieren. Für das Land ist das nicht ganz so gut. Die Verbraucherinnen und Verbraucher brauchen Taten im Verbraucherschutz und keine folgenlosen Ankündigungen. Setzen Sie nicht auf die Vergesslichkeit, Frau Ministerin! Die SPD hat in dieser Woche die erste Ausgabe des *Schwarzbuches Ilse Aigner* vorgelegt. Wir werden es regelmäßig aktualisieren und Ihre Versprechen und Ankündigungen prüfen. Ich glaube, die Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht: dass die Ministerin den Fachabteilungen ihres Ministeriums endlich die gleiche Zeit widmet wie dem Pressestab und den Imageberatern. (D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Der Kollege Hans-Michael Goldmann spricht jetzt für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hans-Michael Goldmann (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebes Geburtstagskind! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man kann noch so viel drum herumreden: Es ist ein Superhaushalt, den wir hier heute verabschieden. Es sind sehr starke Säulen

Hans-Michael Goldmann

- (A) darin, die die Landwirtschaft braucht. Ich nenne zum Beispiel die **soziale Säule**. Andere träumen davon, dass im Haushalt 750 Millionen Euro bereitgestellt werden, um Schwächen des einen oder anderen landwirtschaftlichen Betriebs, zum Beispiel eines Milchviehbetriebs, aufzufangen. Wenn mir einer damals gesagt hätte, dass wir aus dem Gespräch mit Frau Aigner – es war 10 Uhr abends im Büro von Frau Aigner –

(Zurufe von der SPD: Oh! – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Darauf musst du gar nicht hinweisen!)

mit 750 Millionen Euro herausgehen – auch Herr Ripke war dabei –, dann hätte ich gesagt: Du träumst. Wir haben die Summe zum Beispiel für die Unfallversicherung verwendet. Das ist eine Supersache, gerade für die Familienbetriebe. Wir haben ein Kredithilfeprogramm aufgelegt, und wir haben etwas für die Grünlandbetriebe gemacht. Liebe Freunde, lassen Sie uns doch aufhören mit Nord und Süd, Ost und West, Groß und Klein. Das ist alles Kappes. Es geht darum, dass wir die landwirtschaftliche Struktur in Deutschland insgesamt erhalten, dass wir eine solide Basis haben, um uns den wirklichen Zukunftsaufgaben zuzuwenden, die in einem Maß auf uns zuraschen, dass wir im nächsten Jahr noch unser blaues Wunder erleben werden. Wenn es darum geht, zum Beispiel die Mittel für unsere **ländlichen Räume** auf der europäischen Arbeitsebene zu erkämpfen, dann müssen wir gemeinsam an einem Strang ziehen. Deswegen sollten wir heute den Haushalt nicht zerreden, sondern wir sollten ihn mit Freuden zur Kenntnis nehmen. Er setzt genau die richtigen Akzente: eine starke Säule für die Landwirtschaft, eine starke Säule für den ländlichen Raum, eine starke Säule für Familienbetriebe, die nachhaltig wirtschaften.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lassen Sie mich noch etwas zur **Ampelkennzeichnung** sagen. Ich glaube, Sie, Herr Kelber, kommen aus Bonn. Mit Haribo haben Sie es vielleicht nicht so, da Sie Haribo als Lebensmittelkonzernlobby bezeichnen. Das mag Ihre Einschätzung sein, aber Sie wissen genau, dass die Lebensmittelwirtschaft klassisch mittelständisch strukturiert ist.

(Ulrich Kelber [SPD]: Nestlé, Coca-Cola: die kleinen Mittelständler!)

Da muss man sich fragen, ob man den Mut zur Fachlichkeit hat oder ob man Botschaften hinterherläuft. Ich sage Ihnen, Herr Kelber: An dieser Stelle muss man den Mut zur Fachlichkeit haben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Wir zwingen die Bevölkerung in die Fachlichkeit!)

– Herr Kelber, Sie brüllen immer so. Überlassen Sie das mir. Ich habe das Mikro.

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Wer schreit, hat nicht immer recht!)

- (C) Sie sind doch nicht ernsthaft davon überzeugt, dass eine Ampelkennzeichnung – rot, gelb, grün –, bei der Coca-Cola mit drei grünen Punkten und einem roten Punkt erscheinen würde, die Qualitätsantwort auf die Interessen der Verbraucher ist, denen es darum geht, zu wissen, was wirklich in den Produkten ist. Sie können doch nicht ernsthaft behaupten, dass das etwas Gutes ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Was sagen Sie zur Verbraucherbefragung?)

Sie wissen, dass die Kennzeichnung, die jetzt auf europäischer Ebene auf den Weg gebracht wird, Inhaltsstoffe, auch allergene Inhaltsstoffe umfasst und die Qualität eines Produktes zum Ausdruck bringt. Damit sind wir genau auf dem richtigen Weg. Wir müssen dem Bürger keine Lösungen vorgaukeln

(Ulrich Kelber [SPD]: Deshalb sind alle Verbraucherverbände anderer Meinung als Sie!)

– ganz ruhig, Herr Kelber –, wir müssen für den Bürger Lösungen entwickeln. Sie müssen schlicht und ergreifend Ihre Meinung korrigieren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Lobbyistensprachrohr!)

- (D) Nun will ich etwas zu den **Bankgebühren** sagen. Schauen Sie in die Pressemitteilung, dann werden Sie feststellen, dass der Journalist meinte, feststellen zu müssen, dass die Vorgehensweise von Frau Ministerin in diesem Punkt zögerlich ist. Ich habe einen ganz anderen Ansatz. Ich führe solche Fachgespräche als Ausschussvorsitzender mit Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss – wenigstens ist das die Regel –, um uns für ein schwieriges Thema zu konditionieren.

Ich freue mich, dass meiner Einladung zehn Cracks aus der Bankwirtschaft sowie aus dem Verbraucherschutzbereich und den Gewerkschaften gefolgt sind und uns informiert haben. Wir sollten den richtigen Weg des Miteinanders praktizieren. Frau Aigner, ich werde Ihnen das Protokoll des gestrigen Gesprächs zuleiten; denn es sind sehr viele gute Anregungen gekommen.

Ich habe kein Verständnis dafür, dass die CDU/CSU aus Termingründen abgesagt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

So sollte mit dem Ausschuss und dem Ausschussvorsitzenden nicht umgegangen werden. Das schadet unserer Arbeit im Ausschuss. Ich mache manchmal Fehler; aber andere machen auch Fehler. Wir sollten an einem Strang ziehen und die Dinge gemeinsam voranbringen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Herr Kelber, ich will noch etwas zu Ihrem **Schwarzbuch** sagen: Das ist doch wohl der größte Witz des Jahrhunderts. Nach zig Jahren Regierungsverantwortung kommen Sie vier Wochen nach Beginn der gemeinsamen parlamentarischen Arbeit mit einem Schwarzbuch.

Hans-Michael Goldmann

- (A) In diesem Buch bringen Sie zum Ausdruck, dass Verbraucherpolitik in Ihrer Zeit dunkel und schwarz war. Unsere ist christlich-liberal. Wir machen eine zukunftsorientierte Politik, die wir weiterhin konsequent betreiben werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Caren Lay für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Caren Lay (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist wohl dem **Weltverbrauchertag** zu verdanken, dass wir heute zur Kernzeit zum Thema Verbraucherpolitik sprechen können. Den Rest der Zeit bleibt die Verbraucherpolitik für die Bundesregierung eher eine Nebensache; dieses Thema wird gern in die Abend- und Nachtstunden verbannt. Wir haben zwar eine Verbraucherministerin, die immer häufiger in Funk und Fernsehen überaus markige Forderungen verkauft – das hat heute mehrfach eine Rolle gespielt –,

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Eine aparte Frau! Die hat etwas zu sagen!)

- (B) so häufig, dass man leider immer wieder vergisst, dass Ihr Ministerium in den wesentlichen Punkten gar nichts zu entscheiden hat, sondern bestenfalls mitsprechen darf; aber egal ob es um den finanziellen, um den wirtschaftlichen oder um den digitalen Verbraucherschutz geht, um Fahrgast- oder Patientenrechte: Zuständig für die harten Fakten sind immer die anderen Ministerien. Verbraucherinnen und Verbraucher bleiben so die Randfiguren der Regierungspolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Das schlägt sich auch im Haushalt nieder. Frau Aigner, Ihre PR in eigener Sache steht in keinem Verhältnis zu den Zahlen und Fakten Ihres Haushaltsentwurfs. Schauen wir uns die Zahlen einmal an: Von Ihrem Gesamtetat von fast 6 Milliarden Euro planen Sie für **verbraucherpolitische Maßnahmen** gerade einmal 2,5 Prozent ein; das sind 148 Millionen Euro. Das steht in keinem Verhältnis zu den anderen Aufgaben Ihres Ministeriums.

Noch deutlicher wird die untergeordnete Stellung verbraucherpolitischer Maßnahmen durch einen Vergleich mit dem Etat des Wirtschaftsministers Brüderle, der hauptsächlich für die unternehmerische Seite der Märkte verantwortlich zeichnet. Wirtschaftsminister Brüderle kann dieses Jahr allein 230 Millionen Euro, also deutlich mehr Mittel, als für den Verbraucherschutz zur Verfügung stehen, für das Nationale Weltraumprogramm ausgeben. Es ist schön und sicherlich überaus zeitgemäß, dass die Bundesregierung in die bemannte Raumfahrt investiert; aber mit dem unterirdischen Stellenwert, den die Verbraucherpolitik für sie hat, können wir uns als Linke nicht zufriedengeben.

(Beifall bei der LINKEN)

(C)

Wir sagen: Verbraucherpolitik darf nicht länger eine **Nebenrolle** spielen.

Die Finanzkrise hat es gezeigt: Verbraucherinnen und Verbraucher sind den windigen Geschäftspraktiken der Banken ausgeliefert. Da ist es unsere Verantwortung als Politikerinnen und Politiker, die Märkte verbrauchergerecht zu regulieren. Wir können diese Verantwortung nicht einfach auf die Menschen abwälzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt sehr viele Vorschläge, wie das geschehen soll, beispielsweise die Einrichtung eines Marktwächters wie in Großbritannien oder einer Behörde für finanziellen Verbraucherschutz, wie in den USA geplant. Nichts von alledem finden wir in Ihrem Haushalt. Sie können sich nicht länger davor drücken, Verbraucherinnen und Verbraucher vor betrügerischen Praktiken von Unternehmen zu schützen. Mit freiwilligen Infoblättern ist es hier nicht getan.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich freue mich sehr, dass Verbraucherministerin Aigner immer häufiger die Zusammenarbeit mit den Verbraucherzentralen sucht – das ist gut und schön –; aber es kann nicht sein, dass eine Bundesregierung immer stärker auf den Sachverstand und den Service von **Verbraucherschutzorganisationen** zurückgreift, ohne ihnen gleichzeitig auch nur einen einzigen Cent mehr zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der LINKEN)

(D)

Allein mit der Anschubfinanzierung für die Verbraucherstiftung ist es hier sicherlich nicht getan. Das ist nichts anderes als eine Auslagerung des Problems, zumal man jetzt noch nicht einmal alle Gelder, die tatsächlich zur Verfügung gestanden hätten, zur Verfügung stellt.

Wir Linke fordern mehr Geld für die Arbeit der Verbraucherorganisationen, insbesondere für den Bereich **finanzielle Verbraucherberatung**. Wir erinnern uns: Innerhalb von nur wenigen Tagen war es der Bundesregierung in der Krise möglich, einen Schutzschirm für Banken im Umfang von 470 Milliarden Euro zu spannen. Dagegen sind die 10 Millionen Euro, die wir heute für die Verbesserung der finanziellen Verbraucherberatung beantragen, doch wirklich ein Klacks.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer Banken aus der selbstverschuldeten Krise retten kann, der kann und darf beim Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht sparen.

Auch an anderer Stelle wäre mehr Geld für die Verbesserung des Verbraucherschutzes notwendig gewesen: zur Verbesserung der Forschung, für notwendige Aufklärungsarbeit, für ein Siegel „Ohne Gentechnik“, für eine Ampelkennzeichnung oder für Modellprojekte, die sich vielleicht auch einmal an einkommensschwache Haushalte richten. An all diesen Stellen wird gespart. Hierfür ist kein Geld vorhanden.

Caren Lay

- (A) Wir Linke wären offen gewesen für die Erschließung **alternativer Einnahmequellen**. Es könnten sich ja auch einmal die Unternehmerinnen und Unternehmer an der Finanzierung des Verbraucherschutzes beteiligen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn man bedenkt, wie viele Beratungen die Verbraucherzentralen machen müssen, um die Verbraucher allein über Fallen im Bereich Internet und Telekommunikation aufzuklären, wäre das nicht zu viel verlangt gewesen.

Verbraucherschutz ist eine öffentliche Aufgabe, ist eine notwendige Aufgabe. Wer hier spart, der spart an der falschen Stelle.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ulrike Höfken ist die nächste Rednerin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ulrike Höfken (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Ministerin! Sehr geehrte Kollegen! Die Dankbarkeit, die empfunden werden soll, Herr Schirmbeck, weil mehr Geld im Haushalt ist als zu Zeiten von Frau Künast, beschränkt sich wohl auf diejenigen, die profitieren, ist also die Dankbarkeit der Funktionäre, aber ganz gewiss nicht die des Volkes.

- (B) (Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Mein Volk war mit mir immer zufrieden! Das können Sie nachlesen!)

Ganz ernsthaft: Wenn Sie Drohungen gegen die **Ökolandwirtschaft** ausstoßen und fordern, dass sie für die Almosen, die sie bekommt, auch noch auf die Knie fallen soll, mag das Ihren Vorstellungen von der gekauften Republik entsprechen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Hallo! Gnädige Frau, wollen Sie die Bauern beleidigen?)

In diesem Haushalt findet sich kein roter Faden und erst recht kein grüner Faden, sondern Schwarz-Gelb betreibt eine aggressive Industrialisierung, eine massive Exportorientierung und eine Förderung der Agrogentechnik, und zwar zulasten von Verbrauchern, Arbeitnehmern, Mittelstand und Steuerzahlern, von Umwelt und Klima. Mit Markt hat das nichts zu tun. Da ist so viel Markt drin wie früher in der DDR.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Hallo! Sagen Sie einmal, Frau Höfken!)

Fünf Beispiele:

Erstens. Das 750-Millionen-Euro-Milchpaket, worüber ja schon viel gesagt wurde, ist ein verantwortungsloser Umgang mit Steuermitteln, weil Sie nämlich nicht an die Ursachen der Misere herangehen. Im Bereich des **Milchmarktes** wären vernünftige Marktanpassungsinstrumente nötig. Sie aber wollen bewusst Überschüsse

herbeiführen und tun das politisch auch. Das hat nichts mit Markt zu tun. Wie groß die Not ist, das sieht man an dem entsprechenden Programm der Rentenbank: Die vorgesehenen Liquiditätsmittel waren innerhalb von 16 Stunden weg. Das war ein unwirksames Programm zulasten der Milchbetriebe genauso wie der Steuerzahler.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens, das Thema **Exportförderung**. Wunderbar, sie wäre – das hat der Kollege Bonde ja geschildert – fast noch zulasten der paar Forschungsmittel für den Ökolandbau gegangen. Auf Vieh- und Fleischtagen wird der Entwicklung der Exportraten gehuldigt. Zugleich bringen es die Referenten des Bauernverbandes fertig, kein einziges Wort zur Einkommenssituation zu sagen, die sich gleichzeitig verschlechtert. Sie betreiben eine aggressive Exportpolitik. Zu Recht sagen andere europäische Länder wie auch Drittstaaten, dass das zu ihren Lasten geht.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Deutschland lebt vom Export!)

Das verharmlost Herr Schäuble mit dem Fußballbeispiel. Ich finde, eine solche Politik ist international nicht tragbar.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens, die **Agrogentechnik**. 9,5 Millionen Euro mindestens sind dafür im Haushalt veranschlagt. Das ist deutlich mehr, als für den Ökolandbau vorgesehen ist, und das, obwohl dieser Bereich durch die Verunreinigungen einen ungeheuren wirtschaftlichen Schaden anrichtet, der in die Milliarden geht, obwohl er von den Verbrauchern und vom Markt nicht gewollt ist, obwohl er keine Erfolge auf der technischen Ebene zeigt. Mit der Amflora-Kartoffel wurde ein Kniefall vor der BASF gemacht, und es ist ein veraltetes Produkt; das sagt sogar Sonnleitner. Dafür geben Sie Geld aus.

Viertens, zum Bereich **Ernährung**. Die Ministerin sagt, die Verpflegung an Kitas und Schulen solle deutlich verbessert werden. Aber: Es gibt unwürdige Verschiebebahnhöfe zwischen Bund und Ländern zulasten der Länder, zum Beispiel bei Schulobst. Wir Grüne fordern ein Bund-Länder-Programm. Sie haben die Verantwortung angesichts der 100 Milliarden Euro Kosten für ernährungsbedingte Krankheiten, aber auch angesichts der Situation von Kindern und Jugendlichen, die schon im Vorschulalter an Diabetes und Herzkrankheiten erkranken. Ich finde es fahrlässig, das lächerlich zu machen, indem Sie einfach sagen, die Kinder sollten sich ein bisschen mehr bewegen, Herr Schirmbeck. Es ist die Verantwortung der Politik, eine vernünftige, flächendeckende Kindergarten- und Schulernährung zu entwickeln und zu garantieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Fünftens, zur **Verbraucherpolitik**. Es gab Ankündigungen zu verschiedenen Punkten: ESL-Milch-Kennzeichnung, „Ohne Gentechnik“-Programme, Google Street View, Süßigkeiten an der Kasse. Dann haben Sie, Frau

Ulrike Höfken

- (A) Ministerin, von den schönen Beipackzetteln der Banken gesprochen. Wir konnten ja am Weltverbrauchertag erleben, wie diese vom Verbraucherzentrale Bundesverband in den Schredder gepackt wurden, und zwar völlig zu Recht. Wir brauchen keine „Wächterin“, als die Sie sich in den Zeitungen bezeichnet haben – Sie sind auch leider keine Marktwächterin, sondern Ihre Politik ist eine Politik der Nachtwächter –,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

sondern wir brauchen eine Politik, die sich an den neuen Herausforderungen orientiert: Klimaschutz, umwelt- und tiergerechte Erzeugung, eine gute Ernährung für die Bevölkerung, Ernährungssicherheit, besonders für die Kinder und Jugendlichen, ein vernünftiges Einkommen auch auf dem Land, eine gute Energie- und Klimapolitik und eine moderne Verbraucherpolitik. Dafür stehen wir Grüne, und dafür werden wir auch weiter kämpfen.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Peter Bleser für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

- (B) **Peter Bleser** (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es wurde hier ja in sehr vielen Details herumgewühlt,

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Wir haben was
Inhaltliches zu sagen!)

allerdings eher unkoordiniert in Richtung Verwirrung als koordiniert in Richtung höhere Transparenz.

Ich will noch einmal unsere Linie aufzeigen,

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Das
wäre schön!)

damit Sie wissen, wohin wir wollen und mit welchen Instrumenten wir unsere Ziele verfolgen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Und wann Sie sie einsetzen wollen!)

Wir haben schon in den Koalitionsverhandlungen zwei wichtige Grundsätze festgelegt: Erstens soll unsere Politik auf eine **wettbewerbsorientierte Landwirtschaft** ausgerichtet sein, und zweitens sollen neue, **innovative Technologien** auf wissenschaftlicher Basis bewertet werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Lachen der Abg. Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN])

Nur mit diesen Grundsätzen wird man das Verständnis der Bevölkerung erreichen und die Grundlage für Hilfen

für zusätzliche Leistungen im Umweltschutz, im Tierschutz und beim Erhalt der Kulturlandschaft schaffen können. (C)

Diese Linie fahren wir im Grunde genommen schon seit dem Regierungswechsel 2005 konsequent. Wir haben damals mit dem Ende der rot-grünen Politik die Hebel umgelegt, eine neue Richtung eingeschlagen und entlang der genannten Linie Politik gemacht.

Wenn heute hier die minimalen **Verpflichtungsermächtigungen** und die damit verbundenen Einschränkungen im Agrarhaushalt kritisiert werden, dann muss man noch einmal daran erinnern, woher wir kommen. Unter Frau Künast gab es ständig Steinbrüche im Agrarhaushalt, von der Agrardieselvergütung bis hin zur Reduzierung der Mittel für die GAK.

Wir gehen den umgekehrten Weg. Wir haben in den letzten Jahren die investiven Mittel erhöht.

(Ulrich Kelber [SPD]: Und jetzt reduziert!)

Wir haben die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt. Das **Milchprogramm**, das vorhin genannt worden ist, dient ebenfalls dazu, uns im Wettbewerb zu halten. Es gibt dazu eine einfache Zahl: Trotz der schweren Krise in der deutschen Milchwirtschaft und trotz miserabler Preise haben die deutschen Milcherzeuger ihre Produktion um 2,8 Prozent gesteigert.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber es hilft keinem! – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und das Einkommen?) (D)

Die Franzosen, die sich im Wettbewerb nicht so gut aufgestellt haben, haben eine Reduktion der Produktion um 4,1 Prozent zu verzeichnen.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dafür verhungern sie!)

Wenn jetzt jemand behauptet, man hätte damit der Milchmengensteuerung das Wort geredet, dann muss ich sagen: Das ist nicht der Fall. Unter den Bedingungen, die ich genannt habe – auch andere Länder haben zugelegt –, haben wir in der Europäischen Union im letzten Jahr eine Reduzierung der Milcherzeugung zu registrieren gehabt. Das heißt, wir sind im Wettbewerb besser geworden. Unser Ziel ist, Marktanteile zu halten, damit wir die Beschäftigung in Deutschland auch in Zukunft sicherstellen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Ulrich Kelber [SPD]: Eine Verdrehung der Realität!)

Deswegen ist es richtig, dieses Hilfsprogramm aufzulegen.

Frau Tackmann hat hier einen einzigen richtigen Satz gesagt.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Sie hat viele richtige Sätze gesagt! – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Das war vielleicht der einzige, den Sie verstanden haben!)

Peter Bleser

- (A) Sie hat nämlich festgestellt, dass die **Einkommen der Milcherzeuger** drastisch zurückgegangen sind. Das Hilfsprogramm hilft den Bäuerinnen und Bauern, die in diesem Bereich im letzten Jahr mit 19 000 Euro Gewinn pro Arbeitskraft zurechtkommen mussten. Das ist nicht nur eine soziale Hilfe, sondern auch vor allen Dingen eine Hilfe, um das wirtschaftliche Tal zu überwinden. Damit stellen wir Beschäftigung weit über den Bereich der Milcherzeugung hinaus sicher. Das ist unser Ziel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Obwohl ich Sie, Frau Tackmann, persönlich schätze, muss ich Ihnen vorwerfen, dass Sie eine Politik machen, in die ich mich nicht hineindenken kann.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das beruhigt mich!)

Sie haben sich hier als Anwalt der bäuerlichen Landwirtschaft und der kleinen Betriebe dargestellt. Wenn ich als Mitglied einer Nachfolgepartei der SED hier sitzen würde, würde ich mich wegen der Enteignung und der **Zwangskollektivierung** in den 50er- und 60er-Jahren im Nachhinein schämen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Genossenschaften! Alle sind Eigentümer! – Iris Gleicke [SPD]: 1954 ist die CDU im Osten gegründet worden und hat das alles mitgemacht! Steigbügelhalter!)

- (B) Ich freue mich deshalb, dass der Bauernbund jetzt ein Denkmal für die Geschändeten in diesem Bereich errichtet hat, damit die Öffentlichkeit und die Nachwelt darauf aufmerksam gemacht werden, welches Leid dort zugefügt worden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Frau Ministerin Aigner hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Mittel des Hilfsprogramms in wenigen Tagen ausgeschöpft waren. Auch das ist ein Zeichen, dass die Menschen in diesem Bereich an die Zukunft glauben. Sie investieren, aber sie verkonsumieren das Geld nicht. Das ist für mich ein gutes Zeichen der Hoffnung.

Es wurde kritisiert, dass wir über Verpflichtungsermächtigungen aus dem **Ökolandbaubereich** versucht haben, die Aufgaben der Exportförderung zu finanzieren. Diese Kritik war zwar unberechtigt. Trotzdem haben wir diese Regelung fallen gelassen. Es sollte von Anfang an kein einziger Euro aus diesem Bereich wegfallen. Die nicht ausgeschöpften Mittel hatten uns zunächst dazu veranlasst, diese Form der Gegenfinanzierung zu wählen.

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Es wird alles schöngeredet! – Ulrich Kelber [SPD]: Ihr eigener Minister hat es nicht ausgegeben!)

Wir lassen es nun, damit hier nicht ein falscher Eindruck entsteht. Mir ist wichtig, dass wir zwischen ökologischer und moderner Landwirtschaft unterscheiden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Wir behandeln beide Strategien gleich.

Die nächsten Monate werden entscheidend dafür sein, wie die **Agrarpolitik der Europäischen Union** nach 2013 aussehen wird. Deswegen sind wir als Union sehr darauf bedacht, die ernährungspolitischen Ziele, die wir für die deutsche Landwirtschaft für das Jahr 2020 anstreben, sehr früh zu definieren. Wir haben in der Union schon präzise Festlegungen getroffen. Wir wollen eine Sicherstellung der Ernährung der europäischen Bevölkerung. Wir wollen, dass die Einkommen der Bauern adäquat bleiben. Wir wollen, dass die multifunktionale Landwirtschaft und die flächendeckende Landwirtschaft mit ihren Tierschutz- und Umweltzielen erhalten bleiben.

Wenn wir diese Ziele gesellschaftlich verankern können, dann bin ich sehr sicher, dass wir es verhindern können, dass der Agrarhaushalt der Europäischen Union als Steinbruch für andere Politikfelder genutzt wird, was einige vorhaben. Lassen Sie uns gemeinsam diese öffentliche Diskussion führen. Jetzt haben wir noch Einfluss, bevor die ersten Festlegungen in dieser Richtung vorgenommen werden.

Ich muss – ich tue das auch sehr gerne – noch etwas zum **Verbraucherschutz** sagen.

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Lieber nicht!)

Wir, die Union, machen Verbraucherpolitik aus der Sicht des Betroffenen heraus.

(D)

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Wo das denn?)

Das greift in viele Politikfelder ein und führt dazu – das kennen wir noch aus der vorherigen Koalition, Frau Drobinski-Weiß –, dass die Kompetenzen in verschiedenen Häusern angesiedelt sind. Ich bin deshalb froh, dass der Finanzminister jetzt nicht ohne Unterstützung unserer Ministerin Aigner im Finanzmarktbereich aktiv wird und einen Gesetzentwurf für mehr **Anlegerschutz** und zu anderen Fragen im Finanzbereich vorlegen wird.

Dass wir den Grauen Kapitalmarkt transparent machen müssen, ist unstrittig. Dass wir Anlegerprotokolle brauchen, ist unstrittig.

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Aber doch nicht so!)

Ich rufe, weil wir eine Vertrauenskrise in der Finanzwelt haben, die Branche auf,

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Darum lassen wir die auch wieder allein rummorkeln!)

wie bei den Beratungsprotokollen mit uns vor gesetzlichen Maßnahmen aktiv zu werden; dann braucht das nicht geregelt zu werden.

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Ich weiß! Immer alles freiwillig! Ist klar! Das kennen wir!)

Peter Bleser

- (A) Aber wenn es nicht geschieht, dann werden wir handeln. Ich stelle deshalb die klare Forderung auf:

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege.

Peter Bleser (CDU/CSU):

Wir wollen bei **Geldautomaten** die gleiche Transparenz wie bei Tankstellen. Man muss vorher wissen, was es kostet, nicht nachher.

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Das ist aktive Verbraucherpolitik!)

Ich will ein Letztes dazu sagen. Wir sind uns alle einig, und ich habe nicht das Bedürfnis, hier über verschiedene Verfahrensweisen zu streiten.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das geht auch gar nicht, Herr Bleser, weil Sie weit über die vorgesehene Redezeit hinausgegangen sind.

Peter Bleser (CDU/CSU):

Herr Präsident, das schützt meinen Kollegen Goldmann vor einer Bewertung seiner Aussage.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Sehen Sie, die Fürsorge des Präsidenten reicht präventiv auch in diese Richtung.

- (B) **Peter Bleser (CDU/CSU):**

Das nehme ich gerne als Hilfe in Anspruch. Ich will zum Schluss nur zur Kenntnis bringen, dass die Menschen sich in der Verbraucherschutz- und Agrarpolitik auf die Union verlassen können.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Dann sind sie verlassen!)

Dann wird auch da der Frühling sehr bald wiederkommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Kollegin Waltraud Wolff hat nun das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Waltraud Wolff (Wolmirstedt) (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das staatstragende Mäntelchen, das Herr Bleser sich gerade umgehängt hat,

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Nicht mal das!)

bedeutet nicht, dass die Politik, die mit diesem Haushalt gemacht wird, eine solide ist. Das werden wir ganz schnell aufzeigen. Das, was mein Kollege Rolf Schwanitz am Anfang zu „Klientel- statt Strukturpolitik“, zu „Ein-

sparungen an der falschen Stelle“ und zu „Kein Konzept bei der Verbraucherpolitik“ gesagt hat, zieht sich, ohne dass wir uns abgesprochen haben, auch durch meine Rede und durch die gesamte heutige Debatte. (C)

Frau Aigner, Sie kommen bei der Verbraucherpolitik einfach nicht weiter. Bei der Agrarpolitik haben Sie sogar den Rückwärtsgang eingelegt. Sie haben nur an einer Stelle richtig Geschwindigkeit aufgenommen: Eine solche Geschwindigkeit wie die, mit der Ihre **Finanzpolitik** hinfällig geworden ist, habe ich in elf Jahren Bundestag noch nicht erlebt. Sie haben uns bei der ersten Lesung des Haushaltes so viele Wohltaten versprochen.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Das müssen Sie uns aber mal erklären!)

– Dazu komme ich noch, Herr Schirmbeck. – Aber was ist bei der zweiten und dritten Lesung? – Sie legen uns die Streichliste vor.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Welche denn? Welche Streichungen?)

Wir haben bereits bei der ersten Lesung deutlich gemacht, dass Sie ein 750 Millionen Euro teures Strohfeuer abbrennen. Davon geht weder für die Landwirtschaft noch für die ländlichen Räume ein wirklich nachhaltiger Effekt aus. Wir haben Ihnen damals schon gesagt, dass, erstens, man so etwas nicht auf Pump machen kann – Sie machen das auf Pump – und, zweitens, das vorrangig in Bayern – ich korrigiere: nicht im Südwesten der Republik – ankommt. (D)

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Glauben Sie selber, was Sie da erzählen?)

– Herr Schirmbeck, Sie haben selbst angekündigt, dass wir ab 2011 ganz genau hinschauen müssen, was wichtig ist.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Ehrlich in die neue Zeit!)

Ab dann werden nach Ihrer Aussage die Einsparungen kommen. Das, was Sie jetzt auf Pump ausgeben, werden Sie ab 2011 einsparen müssen. Ich hätte nicht gedacht, dass uns schon in den Haushaltsberatungen deutlich gemacht werden würde, wie recht wir als SPD in der ersten Lesung hatten.

(Beifall bei der SPD – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Was haben Sie eigentlich elf Jahre lang gemacht?)

Das **Ökolandprogramm** sollte um 3,3 Millionen Euro gekürzt werden. Es bringt überhaupt nichts, wenn Sie, Herr Bleser, jetzt sagen, das sei alles nicht so gemeint gewesen. Schön, dass Ihnen das nicht geglückt ist.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Das ist unser Einsatz gewesen, nicht Ihrer!)

Allerdings konnten wir nicht verhindern – das ist schon mehrfach angesprochen worden –, dass es bei der **GAK** Kürzungen in Höhe von 25 Millionen Euro gab.

Waltraud Wolff (Wolmirstedt)

- (A) (Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Haben Sie denn einen anderen Deckungsvorschlag?)

Sie als Regierungskoalition setzen den Rotstift genau dort an, wo **Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft** und der ländlichen Räume gefördert werden. Das ist wirklich grandios.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Wo das rote Brandenburg heute schon keine Gelder mehr abruf! Das ist doch die Wahrheit!)

Herr Goldmann hat vorhin gesagt, dass 750 Millionen Euro besonders für die landwirtschaftliche Unfallversicherung und für die Milchviehbetriebe vorgesehen sind. Ich komme aus dem Osten der Republik. Was kommt davon bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung und bei den Milchbetrieben an? Gar nichts! Ich kündige hier und heute an, dass ich im Namen der SPD eine Aufstellung darüber verlange, wie die 750 Millionen Euro auf die Bundesländer aufgeteilt werden. Es wird sicherlich sehr interessant, sich das einmal anzuschauen.

Liebe Frau Aigner, das Chaos, das Sie und Ihre Kabinettskollegen seit Beginn dieser Regierungskoalition veranstaltet haben, zeigt sich auch in Ihrem Haushalt. Sie wollen Verbraucherinnen und Verbraucher durch den Beipackzettel – sprich: das Produktinformationsblatt – stärken. Das ist völlig daneben. Wenn ich dem Bankwesen bei der Formulierung freie Hand lasse, dann werde ich am Ende feststellen, dass kein Mensch die Informationen verstehen wird. Ich glaube, ohne Kriterien und gesetzliche Vorschriften werden sie völlig unverstimmlich geschrieben sein. Was ist mit der **Selbstbestimmung der Verbraucherinnen und Verbraucher**? Ich glaube, dass gesetzliche Regelungen nötig sind, aber es passiert nichts.

(Beifall bei der SPD)

Es gelingt Ihnen nicht, die Verbraucherverbände zu stärken. Sie treten deren Wünsche nach gentechnikfreien Lebensmitteln und der Nährwertampel mit Füßen, und Sie reißen – das ist schon angesprochen worden – mit dem Stiftungskapital für die Stiftung Warentest eine riesige Finanzlücke in der Zukunft auf. Man kann wirklich nicht behaupten, dass Sie die höchste Verbraucherschützerin sind. Frau Aigner, gut gemeint ist nicht gut gemacht, angekündigt ist noch lange nicht durchgesetzt.

Ich möchte auf die 750 Millionen Euro zu sprechen kommen, die die Regierung zur kurzfristigen Beruhigung der Milchbauern in Bayern und auch zum Teil in Baden-Württemberg verteilt hat. Das macht deutlich – das kreide ich der schwarz-gelben Regierung ernsthaft an –: Sie verkaufen für Ihre Klientelpolitik die Zukunftschancen der ländlichen Räume. Ihr Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist ein Schuldenbeschleunigungsgesetz gewesen, das besonders die Länder und Kommunen trifft.

(Dr. Erik Schweickert [FDP]: Ihr habt keine Schulden gemacht?)

Darüber hinaus sind Sie dabei, mit der Kürzung der Einspeisevergütung für die Solarenergie eine Zukunfts-

technologie und ein wichtiges wirtschaftliches Standbein aus den neuen Bundesländern zu vertreiben. Das hat verheerende Folgen für die Entwicklung der ländlichen Räume, besonders im Osten der Republik. (C)

Sie setzen noch eins drauf. Herr Schwanitz hat es gesagt: Die Landwirtschaftsminister der Länder haben deutlich belegt, dass eine **Aufstockung bei der Verpflichtungsermächtigung** in der Gemeinschaftsaufgabe nötig ist, weil andernfalls die Bindung der zusätzlichen EU-Mittel für die Umsetzung der Gesundheitsprüfung nicht möglich ist.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin Wolff.

Waltraud Wolff (Wolmirstedt) (SPD):

Ich weiß, ich bin knapp über der Zeit, aber Herr Bleser eben war weit drüber. Ich möchte noch einen Satz sagen.

(Iris Gleicke [SPD]: Er will eine Frage stellen! Lassen Sie den Präsidenten zu Wort kommen!)

– Eine Frage? Ja, gerne. Eine Zwischenfrage bedeutet, dass ich noch länger sprechen kann. Wo kommt die her?

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Kollege Schirmbeck möchte gerne Ihre Redezeit verlängern.

Waltraud Wolff (Wolmirstedt) (SPD):

Danke. (D)

Georg Schirmbeck (CDU/CSU):

Frau Kollegin Wolff, das von der CDU erfundene EEG soll von uns fortgeschrieben werden.

(Zurufe von der SPD: Was?)

– Die Urfassung des EEG, das Stromeinspeisungsgesetz, ist von Minister Töpfer. Das ist so. Das müssen Sie einmal nachlesen. Das wissen Sie vielleicht nicht, aber es ist die Wahrheit.

(Ulrich Kelber [SPD]: Sie haben zweimal gegen das EEG gestimmt!)

Sie müssen das richtig in Ihr Schwarzbuch hineinschreiben.

Frau Kollegin, ich möchte Sie fragen, ob Sie es für richtig erachten, dass, wenn der vergleichsweise wohlhabende Georg Schirmbeck eine Fotovoltaikanlage baut und für sein Kapital eine Verzinsung von fast 10 Prozent bekommt, das dazu führt, dass sein Nachbar, ein kleiner Stromkunde, diesen ordentlichen Gewinn des Investors Schirmbeck bezahlen muss. Oder halten Sie es nicht für richtig, dass man sich Gedanken darüber macht, wie man diese Verzinsung an die üblichen Marktzinsen anpasst?

Waltraud Wolff (Wolmirstedt) (SPD):

Sehr geehrter Herr Schirmbeck, wir haben – ich kann mich sehr gut daran erinnern – das EEG unter Rot-Grün

Waltraud Wolff (Wolmirstedt)

- (A) beschlossen. Ich war dabei und bin sehr stolz, dass wir das beschlossen haben.

(Beifall bei der SPD – Ulrich Kelber [SPD]:
Vor genau zehn Jahren!)

Wenn ich in Ihre Reihen schaue, stelle ich fest, dass da Kollegen dabei sind, die mitgestimmt haben.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Minister war
Klaus Töpfer!)

Ich glaube, Sie haben dagegen gestimmt. Ich erinnere mich nicht mehr ganz genau daran, aber das ist ja auch egal.

(Ulrich Kelber [SPD]: 2004 noch mal dagegen
gestimmt!)

Wir sind dabei, gerade im Bereich Fotovoltaik eine Branche aufzubauen. Ich will einmal den Vergleich zur Atomenergie bringen: Herr Schirmbeck, 40 Jahre lang hat diese Energiebranche Unterstützung und Förderung bekommen.

(Iris Gleicke [SPD]: Die Lizenz zum Geld-
drucken!)

Ich habe die genaue Summe nicht im Kopf. Das waren 40 Jahre, in denen die Branche nicht gesagt hat: Wisst ihr, wir sehen ein, dass da ein Aufwuchs ist; wir könnten uns mit einer Schmälerung einverstanden erklären. – Niemals ist das gekommen. Aber die **Erneuerbare-Energien-Branche**, darunter die Fotovoltaik- und die Solarenergiebranche, hat das, was ab Januar 2010 an Degression schon geplant war, sogar mitgetragen.

- (B) (Iris Gleicke [SPD]: So ist es!)

Das, was Sie hier machen, ist ein Einschenken in einer Art und Weise, dass die Branche kaputtgeht.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Wer erzählt
Ihnen das?)

Q-Cells hat seinen Sitz in Sachsen-Anhalt. 400 Arbeitsplätze sind dort schon abgebaut worden. Ein Vorstandsvorsitzender hat in der letzten Woche seinen Hut genommen.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Antworten
Sie auch auf meine Frage?)

Ich glaube, wir sollten bei dieser Branche einen Schwerpunkt setzen, da sie uns weg von Atomenergie und fossilen Energieträgern hin zu dezentralen Lösungen führt, und nicht schon jetzt Kürzungen vornehmen, obwohl die Branche noch nicht einmal richtig etabliert ist. – Schönen Dank, Herr Schirmbeck.

(Beifall bei der SPD – Andreas Mattfeldt
[CDU/CSU]: Ich hätte gerne eine Antwort ge-
hört! – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Frau
Kollegin, wann gehen Sie auf meine Frage
ein?)

Ich sehe, dass Frau Aigner mit diesem Haushalt mit Vollgas gegen die Wand läuft, dass sich aber die Menschen in den ländlichen Räumen – leider – die blutige Nase holen. Das ist etwas, was wir nicht mittragen kön-

nen. Die Regierungskoalition weigert sich, die nachhaltige Landwirtschaft zu fördern. Sie weigert sich, Verbraucher- und Kundenwünsche ernst zu nehmen. Sie weigert sich, echte Anwältin der Verbraucherinnen und Verbraucher zu sein. Sie setzt auf Ankündigungsrhetorik. Die Menschen erwarten aber Taten. Ihre Politik ist rückwärtsgewandt. Das zeigt dieser Haushalt. Deshalb können wir als SPD dem nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Erik Schweickert für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Dr. Erik Schweickert (FDP):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss am Anfang auf zwei Dinge eingehen. Liebe Kollegin Wolff, eine Streichliste gibt es nur dann, wenn man etwas von der Liste streicht, das man vorher draufgesetzt hat. Unsere Politik ist geprägt von „Versprochen – gehalten!“.

(Beifall bei der FDP – Widerspruch bei der
SPD)

Wir haben nichts heruntergenommen.

Frau Wolff, nehmen Sie einfach einmal ein paar Fakten zur Kenntnis: Die **Mittel der GAK** wurden nicht ausgeschöpft, nicht einmal von Schleswig-Holstein. Brandenburg hat im letzten Jahr 20 Millionen Euro gar nicht abgerufen. Machen Sie einen besseren Vorschlag. Dann können wir darüber reden. Statt mit Schwarzbüchern zu arbeiten – nach 130 Tagen –, würde es Ihnen besser zu Gesicht stehen, wirkliche Vorschläge zu unterbreiten, wie wir als FDP es in der Opposition mit unserem *Liberalen Sparbuch* gemacht haben.

(Beifall bei der FDP – Alexander Bonde
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Apropos *Li-
berales Sparbuch*! Wo ist das Ding eigentlich
geblieben?)

– Wir kommen noch dazu, Herr Bonde. Wir haben ein paar Sachen umgesetzt.

Werfen wir einen Blick auf die Ausschussanhörung. Wir schauen uns die Themen an. Dann führen wir zusätzlich Fachgespräche, daraus gewinnen wir Erkenntnisse. Herr Kelber, Sie haben das vorhin angesprochen. Was kam dabei heraus? Es kam heraus: Fremdgehen war schon immer teuer. Deswegen müssen wir schauen, dass wir die Interbankenentgelte gestalten.

(Dr. Thomas Gambke [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Das ist aber eine Lebensweisheit! –
Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN]: Das wollen wir genauer wissen! – Zu-
ruf des Abg. Ulrich Kelber [SPD])

Dr. Erik Schweickert

- (A) – Nein, das ist kein Angriff auf Sie. Ich weiß nicht, ob Sie da aus Erfahrung sprechen. Ich weiß nur, dass man, wenn man an fremden Bankautomaten Geld abhebt, etwas dafür bezahlen muss. Es ist wichtig, dass der Wettbewerb gestärkt wird. **Wettbewerb** ist ein wichtiger Punkt der liberalen Verbraucherpolitik. Das ist effiziente Verbraucherpolitik.

(Ulrich Kelber [SPD]: Ja? Dann sind wir ja Bündnispartner gegen die Ministerin!)

Sie sehen das beispielsweise bei Mobilfunktarifen und Flugpreisen. Wo wir Wettbewerb haben, geht es dem Verbraucher gut. Deswegen werden wir uns als christlich-soziale und liberale Koalition in diesem Bereich dafür einsetzen, dass Wettbewerb wieder stattfindet.

(Beifall bei der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Das „liberal“ hätten Sie fast vergessen!)

– Das vergessen wir nicht.

Herr Kelber, Sie haben vorhin ein paar Unterlagen vom Bankenverband hochgehalten.

(Ulrich Kelber [SPD]: Ja!)

Es gibt aber auch gute Beispiele. Deswegen ist der Weg, den die Ministerin geht, richtig. Ich habe hier ein paar Informationsblätter von der Sparkasse. Sogar Sie werden beim Durchlesen alles verstehen. Es gibt noch ein paar Verbesserungswünsche; die haben auch wir. Aber wir sind weiter, als wir jemals gekommen wären, wenn wir das alles durch ein Gesetz geregelt hätten.

- (B) Nehmen Sie also bitte zur Kenntnis – das geht an Frau Lay –: Bei Verbraucherpolitik geht es nicht darum, Almosen zu verteilen. In Ihrem Antrag vom 15. März schreiben Sie:

Dabei ist insbesondere das Angebot für einkommensschwache Haushalte zu stärken.

Wenn Sie Verbraucherpolitik als Sozialpolitik ansehen, haben Sie uns nicht auf Ihrer Seite; denn das gehört nicht hierher.

(Zuruf der Abg. Caren Lay [DIE LINKE])

Bei Verbraucherpolitik geht es darum, die Verbraucherrechte zu stärken und Wettbewerb endlich wieder stattfinden zu lassen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Sie müssten sich einmal selbst hören!)

An diesem Punkt brauchen wir keine Schaufensterpolitik der Opposition, sondern müssen in der Verbraucherpolitik tatsächlich vorangehen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Nur ein gutes Beispiel gibt es im ganzen Bankensektor! Toll!)

Da ist die christlich-liberale Koalition Vorreiter. Wir schaffen mehr als Sie in elf Jahren Regierungsbeteiligung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Letzter Redner zu diesem Einzelplan ist der Kollege Franz-Josef Holzenkamp für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Franz-Josef Holzenkamp (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie viel ist uns unsere moderne und leistungsstarke Landwirtschaft eigentlich wert? Diese Frage wird im diesjährigen Haushalt, über den wir hier debattieren, beantwortet. Dieser Haushalt zeigt insbesondere die große Wertschätzung dieser Koalition gegenüber der Landwirtschaft, gegenüber dem ländlichen Raum und gegenüber der Ernährungswirtschaft. Ich habe bei dieser Debatte den Eindruck, dass das leider nicht bei allen so ist. Deshalb will ich feststellen: Die Land- und Ernährungswirtschaft im ländlichen Raum ist der stabilisierende Faktor des ländlichen Raumes in der Krise. Wir sehen das beispielsweise an den Exportzahlen. Die Land- und Ernährungswirtschaft ist in ihrer Vielfalt, mit ihrer Tradition, vor allem aber auch mit ihren Innovationen die **tragende Säule im ländlichen Raum**.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Land- und Ernährungswirtschaft steht in der Krise vergleichsweise etwas besser da als andere Wirtschaftsbereiche; das wissen wir. Aber wir kennen auch Bereiche – sie sind schon angesprochen worden –, in denen es erhebliche Probleme gibt, beispielsweise bei der Milch. Wir wissen, dass wir über 100 000 betroffene Milchviehbetriebe in Deutschland haben, die im letzten Wirtschaftsjahr katastrophale Ergebnisse erzielten, insbesondere aufgrund von krisenbedingten Absatzproblemen, zum Beispiel in Osteuropa.

Wesentliche tragende Strukturen im ländlichen Raum stehen und standen auf dem Spiel. Deshalb ist das **Sonderprogramm** richtig. Herr Schwanitz, wenn Sie von Klientelpolitik sprechen, muss ich fragen: Sind Landwirte schlechter als Banken oder sonstige Arbeitnehmer?

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Oder die Solarbranche?)

In dieser schweren Krise haben wir in der Großen Koalition die Finanzmärkte stabilisiert. Wir haben vor wenigen Wochen den Schutzschirm für die Arbeitnehmer gespannt. Wir haben auch das Sonderprogramm Landwirtschaft aufgelegt. Das alles, insbesondere das Letzte, ist wichtig für den ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Frau Wolff, nur ein Satz zur Fotovoltaik: Wir fördern sinnvoll, statt die Allgemeinheit abzuzocken, um das einmal klarzustellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Mir ist bei diesem Sonderprogramm wichtig, dass wir nicht nur Milchbauern sehen – auch da unterliegen Sie einem Irrtum, Herr Schwanitz; das wissen Sie als Haushälter eigentlich –, sondern wir stabilisieren auch die agrarsoziale Sicherung durch die Erhöhung der entspre-

(C)

(D)

Franz-Josef Holzenkamp

- (A) chenden Mittel. Unsere Ministerin ist schon auf das **Liquiditätsprogramm** eingegangen. Hier hat man ein Programm schnell umgesetzt. Hier ist man effizient, unbürokratisch und wirkungsvoll vorgegangen. Herzlichen Dank an die Bundesregierung, insbesondere an unsere Ministerin, Ilse Aigner. Danke schön!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ein Satz zum **Verbraucherschutz**. Die Verbesserung des Anlegerschutzes ist immer wieder angesprochen worden. Hier haben wir schnell reagiert; das ist gerade schon deutlich gemacht worden. Eines wissen wir alle: Es handelt sich beim Verbraucherschutz um einen Prozess, der ständig Anpassungen notwendig macht; das weiß jeder normal denkende Mensch. Entscheidend ist, dass diese Bundesregierung nicht redet, sondern anpackt. Das machen wir sehr erfolgreich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Genau! Früh aufstehen und arbeiten, nicht palavern!)

Jetzt noch ein Satz zur **Ampelkennzeichnung** – davon, dass Sie Ihre Auffassung gebetsmühlenartig wiederholen, wird es wirklich nicht besser –: Sie wollen einen unmündigen Verbraucher produzieren.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie verbreiten in der Öffentlichkeit Falschinformationen, meine Damen und Herren von der Opposition.

- (B) (Ulrich Kelber [SPD]: Alle Verbraucherschutzverbände sehen das wie wir! Alle!)

Was haben Sie eigentlich für ein Gesellschaftsbild?

(Ulrich Kelber [SPD]: Sie stehen allein gegen alle Verbraucherschützer!)

Ich will Ihnen deutlich sagen: Man muss das tun, worauf es ankommt, und nicht das, was in der Öffentlichkeit kurzfristig vermeintlich gut ankommt. Deshalb sind wir Regierung und Sie Opposition.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich möchte noch etwas zur Zukunft sagen, und zwar zur **GAP-Reform 2013**. Herr Kelber, Sie haben vorhin von Untätigkeit gesprochen

(Ulrich Kelber [SPD]: Nachgewiesen habe ich das!)

und gesagt, wir würden uns zu wenig kümmern. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Ja! Los!)

Der neue EU-Agrarkommissar Ciolos

(Ulrich Kelber [SPD]: Oh! Den haben Sie als Schwarz-Gelb beschlossen?)

hat uns hier in Berlin besucht. Wir haben für unser Treffen etwa anderthalb Stunden Zeit gehabt.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Ja, genau!)

Ich frage mich: Wo war eigentlich das Interesse der SPD? (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich bin sehr froh, dass der Sprecher der SPD, Wilhelm Priesmeier, dabei war. Er war der einzige Agrarpolitiker der SPD, der anwesend war. Wenn Sie hier schon Sonntagsreden halten, sollten Sie auch einmal Interesse an der tatsächlichen Arbeit zeigen. So, meine Damen und Herren, geht es jedenfalls nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Als letzten Punkt will ich den **Export** ansprechen. Wir wissen, dass es auf der nördlichen Welthalbkuugel mehr Nutzfläche als auf der südlichen Welthalbkuugel gibt. Wir wissen gleichzeitig, dass im südlichen Teil der Welt mehr Menschen leben als im nördlichen Teil der Welt. Es ist ganz einfach: Das bedingt Export.

(Alexander Süßmair [DIE LINKE]: Ach du meine Güte!)

Wir wissen auch, dass wir mittlerweile in fast allen Produktionsbereichen zu Nettoexporteuren geworden sind. Wir sind erfolgreich. Diesen Erfolg haben wir, insbesondere in den letzten Jahren, unserem Staatssekretär Gerd Müller zu verdanken,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

der sich hier in ganz besonderer Weise engagiert hat. An dieser Stelle sage ich der Bundesregierung aus tiefster Überzeugung ein ganz herzliches Dankeschön. (D)

Meine Damen und Herren, wir sind für die Zukunft gut aufgestellt. Wir packen die Zukunftsthemen an. Wir entwickeln die erneuerbaren Energien weiter. Wir verstehen beispielsweise auch das Problem der Nutzungskonflikte. Wir wissen, dass wir bei der Biomassennutzung eine Kaskadennutzung – erst der Magen, dann die energetische Nutzung – auf den Weg bringen müssen. Hier sind wir gut aufgestellt. Wir wissen, dass sich die globale Nachfrage nach Nahrungsmitteln in den nächsten Jahrzehnten verdoppeln wird.

(Ulrich Kelber [SPD]: Dann müssen wir Schweinefleisch verschicken!)

Wir haben allerdings mit der Marktvolatilität zu kämpfen. In diesem Zusammenhang will ich noch das Stichwort Risikoausgleichszulage nennen, für die wir Agrarpolitiker uns einsetzen.

Meine Damen und Herren, es gibt Zukunftsthemen ohne Ende. Bei diesen Themen sind wir sehr aktiv und produktiv. Es handelt sich um eine Wachstumsbranche und eine Zukunftsbranche. Dafür lohnt es sich zu arbeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 10, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, in der Ausschussfassung.

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor, über die wir zuerst abstimmen.

Wir kommen zunächst zum Änderungsantrag auf Drucksache 17/1031. Wer stimmt gegen diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dafür? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mit der Mehrheit des Hauses abgelehnt.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Aber knapp!)

– Einigen wir uns auf hinreichend eindeutig.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 17/1032? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Auch das war übersichtlich. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über den Einzelplan in der Ausschussfassung ab. Wer stimmt gegen diese festgestellte Fassung? – Wer enthält sich? – Wer stimmt dafür? – Damit ist der Einzelplan 10 angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wegen der um 12 Uhr hier im Plenarsaal stattfindenden Feierstunde zum 20. Jahrestag der freien Wahl zur Volkskammer der DDR unterbreche ich die Sitzung bis 13.30 Uhr. Falls Sie vertrauliche Unterlagen oder private Dokumente auf Ihren Plätzen liegen haben, sollten Sie die besser mitnehmen, weil wir den Saal jetzt für die Feierstunde herrichten wollen.

- (B)

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 10.50 bis 13.30 Uhr)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt I.14 auf:

**Einzelplan 06
Bundesministerium des Innern**

– Drucksachen 17/606, 17/623 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Jürgen Herrmann
Norbert Barthle
Dr. Peter Danckert
Florian Toncar
Steffen Bockhahn
Stephan Kühn

Es liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor. Außerdem hat die Fraktion Die Linke einen Entschließungsantrag eingebracht, über den wir morgen nach der Schlussabstimmung abstimmen werden.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. – Ich

sehe, damit sind Sie einverstanden. Dann können wir so verfahren. (C)

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Kollegen Danckert von der SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Peter Danckert (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister! Dieser Einzelplan 06, der Haushalt des Innenministeriums, ist sicherlich nicht der größte Haushalt, aber nach meiner Einschätzung einer der wichtigsten Haushalte, weil ein großer Teil des Haushaltes für Sicherheitsaufgaben, für die wir zuständig sind bzw. für die der Minister und sein Ministerium zuständig sind, etatisiert ist.

Wir haben die Entwicklung aufmerksam verfolgt. Der erste Regierungsentwurf war noch ein gemeinsam mit uns erstellter, der Regierungsentwurf vom 16. Dezember dann ein Entwurf der neuen Koalition. Ich sage es ganz freimütig: Ich war sehr erfreut darüber, dass es einen Aufwuchs um 75 Millionen Euro gab, darunter 44 Millionen Euro für das Gebiet Migration – dazu wird die Kollegin Fograscher noch detaillierter ausführen; das ist sicherlich eine richtige Maßnahme, die wir billigen –, 20 Millionen Euro für die Luftsicherheit – das ist gewissermaßen ein durchlaufender Posten; hierdurch entsteht zwar der Eindruck, dass mehr ausgegeben wird, aber da diese Einnahmen von den Fluggästen kommen, stellt dieser Betrag keinen wirklichen Aufwuchs für den Haushalt dar – und 7 Millionen Euro für den von der Regierung verstärkten Einsatz in Afghanistan. Wenn man nun nach den Haushaltsberatungen einschließlich der Bereinigungssitzung einen Schlusstrich zieht, dann sieht man aber, dass nicht 75 Millionen Euro mehr, sondern 100 Millionen Euro weniger für den Haushalt veranschlagt sind. (D)

Das ist natürlich ein bedauerliches Zeichen, vor allen Dingen, weil es um Fragen der Sicherheit geht, aber auch – das ist mir aufgefallen und auch aufgestoßen –, weil offensichtlich der Minister selber von der Situation überrascht wurde, als dies in der Nacht von der Koalition beschlossen worden ist. Es muss ihn schwer treffen, wenn seine eigene Koalition, die ihn trägt, ohne Abstimmung mit ihm und ohne Abstimmung – das scheint mir in dieser Situation noch wichtiger zu sein – mit den betroffenen Bundesbehörden, zum Beispiel der **Bundespolizei** und dem **Bundeskriminalamt**, so etwas beschließt. Hier geht es um keine kleinen Beträge. Es sind Einsparungen in Höhe von 25 Millionen Euro im Personalbereich vorgesehen. Ich denke, das ist ein ganz bedenkliches Zeichen.

Das fällt offensichtlich – das sage ich genauso offen – mit der Situation zusammen, dass es Bemühungen gibt, eine Neuorganisation vorzunehmen, welche aber bisher keineswegs erfolgreich waren. Das kann man am besten nachvollziehen, wenn man sich darüber einmal mit den Personalvertretungen unterhält oder die entsprechenden Berichte dazu liest. Die Folgen, die darin beschrieben